

panorama

inforegio

33

Frühjahr 2010

Regionalpolitik bewerten

Erkenntnisse und Ergebnisse

de

EDITORIAL

Dirk Ahner

3

ÜBERBLICK

Ex-post-Bewertung 2000-2006 von Ziel 1 und 2: Was haben wir erreicht?

4-7

INTERVIEW

Terry Ward – Elżbieta Bieńkowska – Albino Caporale – John Bachtler

8-11

ALLGEMEINES

Ex-post-Bewertung von Ziel 1 und 2 für den Zeitraum 2000-2006:
Die Ergebnisse auf einen Blick

12-13

AUS GANZ EUROPA

Eine neue U-Bahn für Athen
CzechInvest – Hier nehmen intelligente Investitionen ihren Anfang
Der Wissenschafts- und Unternehmenspark in Lahti – Finnlands Cleantech-Cluster
In Salzburg werden Bedürfnisse von Frauen mit den Anforderungen der lokalen
Wirtschaft in Einklang gebracht

14-17

IM BLICKPUNKT

Bewertung – mit welchen Methoden?

18-19

GEMEINSAME BASIS

Die Bewertung stärkt die Kohäsionspolitik

20-22

REGIONALE ANGELEGENHEITEN

Der neue EU-Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn,
stellt sich vor

23

NETWORKING

24-25

IN UNSEREN PROJEKTEN

Longlife – Wettbewerbsfähige Gesundheitsdienste

26-27

28

TERMINE – VERLEIHEN SIE IHRER STIMME GEHÖR

Fotos (Seiten):

Titelseite: © Europäische Kommission

Seiten 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12-13, 14, 16, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 26: © Europäische Kommission

Seite 8: © Terry Ward

Seite 9: © Ministry of Regional Development

Seite 10: © Albino Caporale

Seite 11: © The University of Strathclyde

Seite 15: © Sochor Jiří

Seite 16: © Lahti Region Image Bank

Seite 17: © Rupert Pagitsch

Seite 27: © Minna Mäkinieni

Diese Zeitschrift wird in Deutsch, Englisch und Französisch auf Recyclingpapier gedruckt und liegt unter folgender Adresse in 21 Sprachen vor:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/panora_de.htm

Die Beiträge in dieser Veröffentlichung geben die Ansichten der Verfasser und nicht notwendigerweise die Meinungen der Europäischen Kommission wieder.



Die Politikbewertung ist für die Kohäsionspolitik von immer größerer Bedeutung. Deshalb haben wir beschlossen, dieses Thema in den Mittelpunkt dieser Ausgabe von Panorama zu stellen. Aufgrund unserer Erfahrung mit Ex-post-Bewertungen des Programmplanungszeitraums 2000-2006 wollen wir uns mit einigen wichtigen Fragen auseinandersetzen: Wer muss eine Ex-post-Bewertung machen? Wie und wann ist sie durchzuführen? Auf welche Weise bewirken Ergebnisse Veränderungen? Gibt es erweiterte Einsatzmöglichkeiten für strengere, analytischere Ansätze?

Im Programmplanungszeitraum 2000-2006 kam es durch den Beitritt von 10 neuen Mitgliedstaaten zu einer grundlegenden strukturellen Veränderung der EU. Das dadurch entstehende regionale Gefälle verstärkte die Bedeutung der Kohäsionspolitik, wodurch die Ex-post-Bewertung für den Zeitraum zu einer besonders anspruchsvollen Aufgabe wurde. Laut Statistik trug das starke Wachstum in den neuen Mitgliedstaaten zu einer EU-weiten Verringerung der regionalen Unterschiede, gemessen am BIP pro Kopf, bei. Welcher Anteil an diesem Wachstum ist der Kohäsionspolitik zu verdanken? Diese und weitere Fragen werden auf den folgenden Seiten untersucht.

Die Gespräche mit Verwaltungsbehörden und Projektleitern zeigen, dass die Durchführungsmethoden für die Kohäsionspolitik die Politik in den einzelnen Mitgliedstaaten bereichert: Überwachung, Bewertung und mehrjährige Planung sind nämlich Methoden, die sich auch auf andere Gebiete übertragen lassen. Die Kohäsionspolitik bringt daher neue Formen der Gesetzgebung und Durchführungsmethoden in die Verwaltungen von Regionen, Städten und Gemeinden in ganz Europa.

Trotz einer Fülle von Daten in Form von Berichten, Themenfeldern, Datenbanken und Fallstudien auf der Inforegio-Website und weiteren Daten, die in den kommenden 18 Monaten hinzukommen sollen, würde die Generaldirektion Regionalpolitik von politischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern und Beteiligten aller Art der Regionalpolitik gern erfahren, welche konkreten Beweise sie für die Auswirkungen der regionalpolitischen Maßnahmen haben.

Unsere Gesprächspartner in dieser Ausgabe bringen ideale Voraussetzungen mit, um die Debatte zu diesen Themen zu bereichern: zwei Wissenschaftler, eine Verwaltungsbehörde und der polnische Minister für regionale Entwicklung. Sie alle äußerten sich über die positiven und negativen Aspekte des Programmplanungszeitraums 2000-2006.

Zu guter Letzt begrüßt Panorama den neuen Kommissar für Regionalpolitik, Johannes Hahn, und fragt ihn nach seinen Prioritäten und Erwartungen während seiner Amtszeit als Kommissar.

Dirk Ahner

Generaldirektor, Europäische Kommission
Generaldirektion Regionalpolitik

” Die Kohäsionspolitik bringt neue Formen der Gesetzgebung und Durchführungsmethoden in die Verwaltungen von Regionen, Städten und Gemeinden in ganz Europa. “

EX-POST-BEWERTUNG 2000-2006

VON ZIEL 1 UND 2: WAS HABEN WIR ERREICHT?

Ein Drittel der EU-Haushaltsausgaben wurde zwischen 2000 und 2006 für die Kohäsionspolitik ausgegeben, die allerdings mit historischen Herausforderungen konfrontiert war und zur Veränderung der Geschichte beigetragen hat. Durch die Erweiterung der EU um 10 neue Mitgliedstaaten im Jahr 2004 vergrößerten sich die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten auf beispiellose Weise. Die Politik musste auf diese Herausforderung reagieren, ohne die Probleme zu vernachlässigen, die in den „alten“ EU-15 weiter vorhanden waren.

Die Aufgabe der Ex-post-Bewertung dieses Zeitraums bestand darin, das in allen Regionen Erreichte zu analysieren und sämtliche Möglichkeiten zu ermitteln, um diese Politik bei der Bewältigung der Herausforderungen noch erfolgreicher zu gestalten. Die Bewertung konnte nicht alle Details der Kohäsionspolitik des Zeitraums 2000-2006 in über 230 Ziel-1- und Ziel-2-Programmen abdecken. Die 14 Elemente erfassten jedoch den Beitrag der Politik zur realen Entwicklung ärmerer Regionen der EU (Ziel 1), den Umstrukturierungsprozess in Ziel-2-Gebieten und die Erfüllung der Lissabon-Ziele. Weitere Bewertungen, die derzeit durchgeführt werden, untersuchen die Auswirkungen des Kohäsionsfonds, des Europäischen Sozialfonds und der Gemeinschaftsinitiativen URBAN und INTERREG.

Arme Regionen holten auf

Die Statistik zeigt, dass sich die Ungleichheiten sowohl zwischen Mitgliedstaaten als auch zwischen Regionen in Bezug auf das Pro-Kopf-BIP verringert haben. Der wichtigste Beitrag ging dabei durch das schnellere Wachstum in den EU-10-Ländern aus. Die Schlüsselfrage für die Bewertung lautete, inwiefern dieser Erfolg der Kohäsionspolitik zu verdanken war. Zwei makroökonomische Modelle lieferten erste Erkenntnisse. Beide Modelle zeigen, dass Programme in Ziel-1-Regionen das langfristige Produktionspotenzial der Volkswirtschaften und das BIP-Niveau pro Kopf steigerten. Die Modellierung legt sogar nahe, dass die gesamte EU, und nicht nur die unterstützten Regionen, mit Kohäsionspolitik besser dasteht als ohne.

Thematische Studien untersuchten die Ausführung der Politik in Schlüsselbereichen. Sie unterstützten die Modellierungen und erbrachten den Nachweis, dass das BIP nicht die einzige wichtige Einflussgröße ist. Die Studien liefern Belege, die eine echte Debatte zwischen Mitgliedstaaten, Regionen und der Kommission ermöglichen.

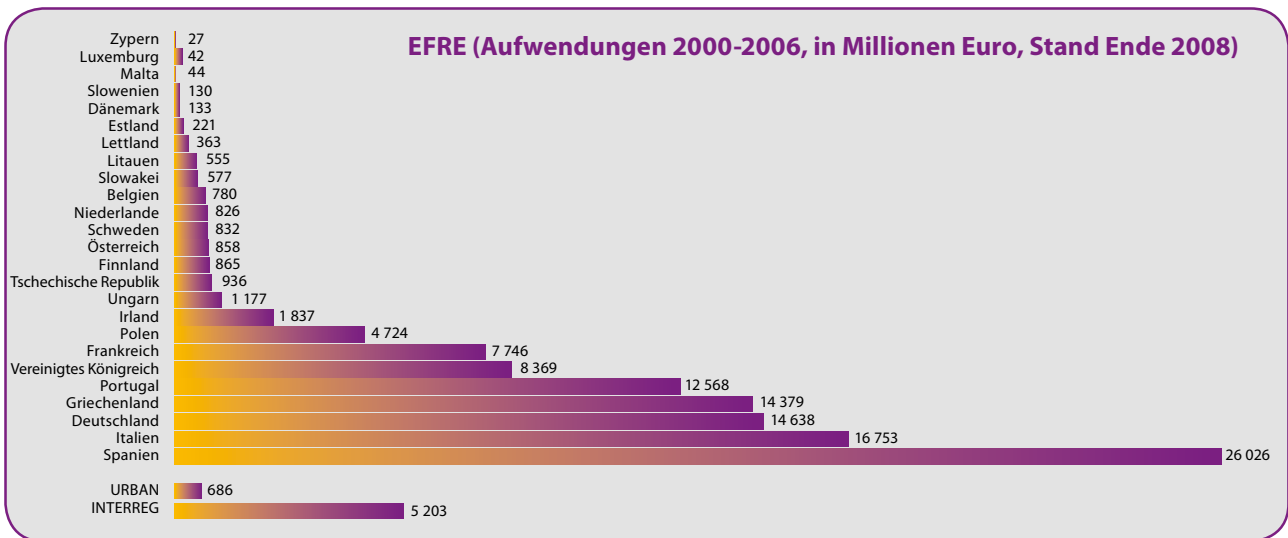
Ein besseres Verkehrssystem für die Bürger und ein effizienter Binnenmarkt

Von den 8 500 km Autobahn, die im Programmplanungszeitraum innerhalb der EU gebaut wurden, entstanden 2 043 km (24 %) unmittelbar durch Investitionen, die durch den EFRE kofinanziert wurden. Der größte Teil dieser Autobahnstrecken wurde in ärmeren Regionen in Griechenland, Spanien und Portugal errichtet. Aus dem EFRE wurden 294 Streckenkilometer für Hochgeschwindigkeitszugverbindungen kofinanziert. Das entspricht ungefähr einem Viertel der in Spanien und Italien gebauten Strecken. Der EFRE trug zudem zur Modernisierung von 31 Flughäfen und 45 Seehäfen bei, die meisten wiederum in stärker benachteiligten Teilen der Union. Eine fortlaufende Bewertung von durch den Kohäsionsfonds unterstützten Projekten wird nächstes Jahr weitere Informationen liefern, die dieses Bild ergänzen werden.

Der EFRE trug mehr zu Investitionen in den Straßenbau als im Eisenbahnbereich bei, insbesondere in den EU-10-Ländern, wo Ausbesserungen am bestehenden Straßennetz die vordringlichste Aufgabe waren. Die Bewertung bestätigt, dass die EU-10-Länder ihre Verkehrsnetzwerke weiter modernisieren müssen. Die Studie wirft indessen die Frage auf, ob die EU-Finanzierung des Straßenbaus in den EU-15-Ländern eine strengere Prioritätensetzung erfordert und stellt

„ Die Modellierung legt sogar nahe, dass die gesamte EU, und nicht nur die unterstützten Regionen, mit Kohäsionspolitik besser dasteht als ohne. “





die Unterstützung für die Ausbesserung und Erhaltung lokaler Straßen in Frage. Künftig besteht ein verstärkter Bedarf an Investitionen in verbesserte Verbindungen zwischen verschiedenen Verkehrsträgern und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft.

Umwelt: EU-Normen erfüllen und das Wachstumspotenzial nutzen

Ein großer Teil der Unterstützung von Umweltprojekten in ärmeren Regionen half den Mitgliedstaaten, die Trinkwasser- und Abwasserrichtlinien zu erfüllen, indem Anschlüsse an sauberes Trinkwasser und die Abwasseraufbereitung insbesondere in ländlichen Gebieten kofinanziert wurden. Ungefähr 14 Millionen Menschen wurden an eine Hauptwasserversorgung und schätzungsweise 20,5 Millionen Menschen an die Abwasseraufbereitung angeschlossen.

Die Bewertung kommt zu dem Ergebnis, dass die Errichtung von Umweltinfrastruktur (Trinkwasser- und Abwasserprojekte, Projekte zur Entsorgung fester Abfälle) oft auf reinen Umwelterwägungen beruhte. Daher ist klar, dass Umweltverbesserungen *de facto* ein unabhängiges Ziel der Kohäsionspolitik waren. Die Kohäsionspolitik befasste sich nicht nur mit BIP-Wachstum und der Unterstützung von Regionen bei der Ausschöpfung ihres wirtschaftlichen Potenzials. Sie trug auch dazu bei, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort an den Vorteilen wirtschaftlichen Wachstums teilhaben konnten. Sie unterstützte aktiv einen Prozess, der sicherstellte, dass Wachstum durch Verbesserungen

der Lebensbedingungen und der Lebensqualität begleitet wird und dass die Entwicklung territorial ausgewogen ist und die natürlichen und materiellen Werte von Regionen fördert.

Ein Thema für die Zukunft ist, wie die Regionen die Herausforderungen des Klimawandels und Umweltschutzes nutzen können, um die Wettbewerbsposition ihrer Unternehmen auf den globalen Märkten zu stärken.

Unternehmen: Arbeitsplätze und Innovation

Kleine und mittlere Unternehmen waren die Hauptzielgruppe der EFRE-Unterstützung für Unternehmen; sie erhielten 83% dieser Finanzierungen im Zeitraum 2000 bis 2006. Dies spiegelt die nationalen politischen Prioritäten wider – die Unternehmenspolitik konzentriert sich in fast allen Mitgliedstaaten auf kleinere Unternehmen. Unternehmmergeist und Existenzgründungen sind dabei besondere Prioritäten. Durch die dreißig Programme mit dem größten Ausgabenanteil für Unternehmen (sie stellen ungefähr 60% der Gesamtausgaben in diesem Bereich dar) wurden mindestens 638 000 Arbeitsplätze geschaffen.

Direkte Instrumente (d. h. finanzielle Unterstützung, insbesondere Zuschüsse, aber auch Darlehen und Kapitalbeteiligungen) stellen mit ungefähr 69% der Ausgaben des Zeitraums noch immer den größten Teil der EFRE-Unterstützung für Unternehmen und Innovation dar. Die Bewertung ermittelte eine Verschiebung von einer eng ausgerichteten „Umstrukturierungs- und Diversifizierungsstrategie“ hin zu breiter angelegten Strategien mit stärkerem Akzent auf Innovation und einer breiteren Palette von Instrumenten. Die Nutzung indirekter Instrumente (z. B. nichtfinanzielle Unterstützung wie Unternehmensdienste, Abbau von Verwaltungslasten, Cluster, Netzwerke und Wissenstransfer) verzeichnete während des Zeitraums einen beachtlichen Zuwachs. Vor allem bei der Unterstützung kleiner Unternehmen wurde die Vielfalt der Instrumente deutlich – die Unterstützung großer Unternehmen erfolgte dagegen fast ausschließlich in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen.



Bequemer durch Griechenland reisen

Im Rahmen der Bewertung wurde die Leistungsfähigkeit unterstützter Unternehmen in Ostdeutschland mit nichtunterstützten Unternehmen verglichen. Die Studie erbrachte den Nachweis, dass unterstützte Unternehmen bei Investitionen, FuE-Intensität und Patentanmeldungen besser abschneiden.

Überkommene Wirtschaftsstrukturen sind wandlungsfähig – dies erfordert jedoch Zeit und politischen Willen

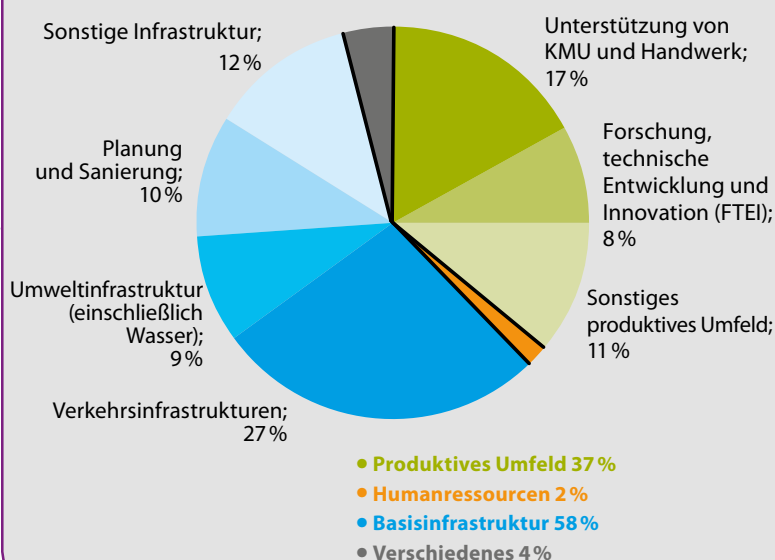
Eine Bewertung ausgewählter Regionen im Strukturwandel (Ziel-2-Regionen) kam zu dem Ergebnis, dass regionale Entwicklungsprogramme erheblich zur Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur einer Region beitragen können, wobei sie die Abhängigkeit von alten Industriezweigen beenden. Ein solcher Vorgang benötigt jedoch Zeit, oft mehrere Jahrzehnte, und politischen Willen. Die Bewertung ergab, dass der EFRE diesen Prozess stärken und beschleunigen kann. Fallstudien belegen, dass eine Konzentration auf Innovation und Forschung der richtige Weg ist, wenngleich diese Strategie Risiken birgt. Stakeholder aus Ziel-2-Regionen betonten, dass die EU-Kohäsionspolitik mit ihrem mehrjährigen Charakter und Programmplanungsansatz, der eine Analyse und klare Entwicklungsziele voraussetzt, Teil eines langfristigen Prozesses zur Umstrukturierung von Regionen sein kann.

Eine anpassungsfähige und flexible Politik

Als 1999 die Programme der Kohäsionspolitik für 2000-2006 entwickelt wurden, wurde die politische Tagesordnung noch nicht von den Themen Klimawandel, Überalterung unserer Gesellschaften und Globalisierung beherrscht. Durch Fallstudien und Beispiele für bewährte Praktiken zeigt die Ex-post-Bewertung, dass – manche, nicht alle – Regionen ihre Programme nutzten, um auf diese neuen Herausforderungen zu reagieren. Diese Regionen warteten nicht auf eine Anleitung aus „Brüssel“; sie handelten und die kohäsionspolitischen Programme waren flexibel genug, um diesen Initiativen Raum zu bieten. Ihre Erfahrung kann bei der Verbesserung der künftigen Politik nützlich sein.

“ Die bisherigen Erfahrungen legen nahe, dass eine kontextunabhängige Verbreitung „horizontaler“ Prioritäten nicht der ideale Weg ist. “

Interventionsbereiche (EFRE-Daten der Programmergänzungen 2000-2006)



Die Kohäsionspolitik hilft bei der Bekämpfung des Klimawandels

Governance – ein echter Mehrwert

Die richtige und effiziente Umsetzung von kohäsionspolitischen Programmen stellt für alle beteiligten Verwaltungen, ob in den „alten“ oder den „neuen“ Mitgliedstaaten, eine große Herausforderung dar. Im Zeitraum 2004-2005 gab es skeptische Stimmen, wonach die neuen Mitgliedstaaten nicht imstande wären, innerhalb so kurzer Zeit funktionierende Verwaltungsstrukturen aufzubauen. Die Bewertung belehrte aber diese „Neinsager“ eines Besseren! Sie zeigte, dass diese Mitgliedstaaten rasch dazulernten und die Anfangsprobleme einer neuen Politik mit großer Begeisterung überwand. Noch bemerkenswerter sind jedoch die Anzeichen dafür, dass einige der Hauptmerkmale – mehrjährige Programmplanung, umfassende Beteiligung relevanter Stakeholder, Überwachung und Bewertung – durch innenpolitische Maßnahmen übernommen wurden. Dies verbesserte zusätzlich den gut funktionierenden Beschlussfassungsprozess.

Ein interessanter Aspekt ist, dass die Kohäsionspolitik mit ihren Zehntausenden Projekten tatsächlich viele Aspekte der EU-Regulierung – wie zum Beispiel Vorschriften über das öffentliche Auftragswesen – in die Praxis umsetzte. Über die Kohäsionspolitik wurden Verwaltungen in Gemeinden, Städten und Regionen mit neuen Rechtsvorschriften und Verfahrensweisen vertraut.

Die Wissensgesellschaft ist eine der höchsten Prioritäten der Kohäsionspolitik

Festlegung horizontaler Prioritäten – der richtige Weg?

Umwelt, Schaffung von Arbeitsplätzen, Klimawandel, Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, Wissensgesellschaft und Chancengleichheit sind zweifellos Themen, die auf der Tagesordnung der Kohäsionspolitik ganz oben stehen. Der Umfang und die Natur der Probleme sind jedoch von Region zu Region verschieden. Die Politik muss über effektive Mittel verfügen, um ihre Vorhaben in unterschiedlichen Kontexten in die Tat umzusetzen.

Mehrere Studien der Ex-post-Bewertung prüften die Wirksamkeit „horizontaler“ Prioritäten bei der Umsetzung der Ziele. In zwölf Fallstudien wurde die Chancengleichheit untersucht. Sie kamen zu dem etwas enttäuschenden Ergebnis, dass die notwendige Gewährleistung der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen in den meisten Programmplanungsdokumenten erwähnt wurde, aber nur in wenigen Fällen Bestandteil der Gestaltung und Durchführung der durch den EFRE unterstützten Projekte war. Chancengleichheit wurde mehr als Thema des Europäischen Sozialfonds verstanden. Bei leistungsfähigen Programmen wurde die Förderung der Chancengleichheit in die Strategie einbezogen und durch politische Führung motiviert.

Dies wirft für die Zukunft die Frage auf: Wäre es besser, selektiver und gezielter vorzugehen, wenn eine Region über die besten Instrumente zur Umsetzung ihrer Entwicklungsziele entscheidet? Die bisherigen Erfahrungen legen nahe, dass eine kontextunabhängige Verbreitung „horizontaler“ Prioritäten nicht der ideale Weg ist.

Eine Einladung zur Forschung und öffentlichen Debatte

Alle während der dreijährigen Ex-post-Bewertung erstellten Dokumente – Zielvorgaben, Zwischenberichte, Datenbanken, Fallstudien, Beispiele für bewährte Praktiken, Abschlussberichte, Zusammenfassungen – wurden auf der INFOREGIO-Website veröffentlicht. Weitere Berichte und Daten werden in den nächsten 18 Monaten über die Auswirkungen des Kohäsionsfonds bereitgestellt; diese Angaben werden die Informationsgrundlage für die Leistungsfähigkeit der Kohäsionspolitik stärken. Die Generaldirektion Regionalpolitik fordert zur Debatte und zu weitergehenden Untersuchungen durch Politiker, Wissenschaftler und die Allgemeinheit insgesamt auf.

AUSFÜHRLICHERE INFORMATIONEN FINDEN SIE AUF DER INFOREGIO-WEBSITE IM ABSCHNITT BEWERTUNGEN:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/rado2_de.htm



TERRY WARD

Forschungsdirektor von Applica sprl



In den letzten beiden Jahren hat Terry Ward die Ex-post-Bewertung des EFRE für den Programmplanungszeitraum 2000-2006 koordiniert.

Was wurde aus Ihrer Sicht durch die Kohäsionspolitik im Programmplanungszeitraum 2000-2006 erreicht?

Die Statistik zeigt, dass die während des Programmplanungszeitraums unterstützten Regionen schneller wuchsen als andere. Dies gilt insbesondere für Ziel-1-Regionen in fast allen Mitgliedstaaten. In geringerem Maße gilt dies aber auch für Regionen, die im Rahmen von Ziel 2 unterstützt werden. Allgemein lässt sich feststellen, dass ihre Ergebnisse besser waren, je mehr Mittel sie erhielten. Auch die EU-weit umgesetzte Politik konzentrierte sich im Wesentlichen auf Ziele, die von der Wirtschaftswissenschaft und internationalen Organisationen wie der OECD empfohlen wurden, das heißt insbesondere auf die Verbesserung der Infrastruktur und die Stärkung von Unternehmen. Es gibt auch Anzeichen dafür, dass die Kohäsionspolitik viel unternommen hat, um die politische Aufmerksamkeit auf die entscheidenden Probleme der regionalen Entwicklung zu konzentrieren und die Einbeziehung der Menschen vor Ort in die Bewältigung dieser Probleme zu fördern. Es ist schwierig, einen direkten Zusammenhang zwischen den politischen Maßnahmen und der regionalen Leistung herzustellen, was angesichts aller anderen Umstände nicht überraschend ist. Wir können aber auf konkrete Ergebnisse bestimmter Maßnahmen hinweisen, was auf die Effizienz der Politik schließen lässt. Eine direkte Verbindung für die mittel- und osteuropäischen Länder herzustellen, ist sogar noch schwieriger, da ihnen erst ab Mitte 2004 umfangreiche Finanzierungen zur Verfügung gestellt wurden; es gilt jedoch als erwiesen, dass die Mittel auf konstruktive Weise eingesetzt wurden und zur Schaffung einer soliden Grundlage für die regionalpolitischen Maßnahmen im derzeitigen Programmplanungszeitraum beitrugen.

“ Die Erfahrung mit der Umsetzung der Strukturfonds wirkte sich (in der Regel positiv) auf die Praktiken und Verfahren aus, die von den Mitgliedstaaten bei der Verwaltung ihrer inländischen Politik angewandt werden. “

Wenn Sie etwas an der Kohäsionspolitik verändern könnten, was wäre das?

Die Regierungen in der EU sollten verpflichtet werden, konkret zu nennen, was sie mit den erhaltenen Fördermitteln erreichen wollen und welchen Beitrag dies zur regionalen Entwicklung oder zur Verbesserung des territorialen Gleichgewichts darstellt, und aussagefähige quantifizierte Indikatoren und Ziele zu definieren, anhand deren die Maßnahmen kontrolliert werden können. Dadurch ließe sich nicht nur eine bessere Bewertung der Politik, sondern auch eine effizientere Nutzung der Mittel erreichen. Dazu wären vermutlich weitere Bedingungen für die Bereitstellung von Finanzierungen festzulegen, und die öffentliche Debatte innerhalb von Ländern über die konkreten politischen Ziele und Ergebnisse müsste in Gang gesetzt werden.

Sollte sich die Politik stärker auf bestimmte Politikbereiche konzentrieren, um effizienter zu werden?

Ja und nein. Es ist klar, dass der Umfang der Finanzierung ausreichen muss, um etwas zu bewirken; die Finanzmittel sollten nicht zu breit auf verschiedene Politikbereiche gestreut werden. Da aber die Regionen mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert werden und ihre jeweiligen Bedürfnisse verschieden sind und nicht zentral ermittelt werden können, sollte ihnen die Freiheit gewährt werden, eine begrenzte Zahl von Bereichen zu wählen, auf die sich die Mittel konzentrieren. Dies würde zudem die Aufgabe erleichtern, die Kohäsionspolitik zu überwachen und zu bewerten.



Unterstützung kleiner Unternehmen

ELŻBIETA BIEŃKOWSKA

Ministerin für Regionalentwicklung, Polen



Von Januar 1999 bis November 2007 arbeitete Elżbieta Bieńkowska im Marshallamt der Wojewodschaft Schlesien. Als Direktorin der Abteilung für Regionalentwicklung war sie für die Programmplanung und Umsetzung regionaler Entwicklungsinstrumente verantwortlich, die durch die EU-Vorbeitrittsprogramme sowie Strukturfonds im Rahmen des Nationalen Entwicklungsplans (NPR) 2004-2006 und die Nationale Kohäsionsstrategie 2007-2013 finanziert wurden.

Was wurde aus Ihrer Sicht durch die Kohäsionspolitik im Programmplanungszeitraum 2000-2006 erreicht?

Zunächst einmal führte die Umsetzung der Kohäsionspolitik zu einer Verbesserung der wichtigsten makroökonomischen Indikatoren. Tatsächlich wirkt sie sich unmittelbar auf die wirtschaftliche, soziale und territoriale Annäherung Polens an die stärker entwickelten EU-Länder aus.

Die EU-Fonds trugen schrittweise zu einer Verbesserung der Infrastrukturqualität bei. Durch die Kohäsionspolitik konnte zudem das Niveau der Regierungsführung und Verwaltung deutlich angehoben werden.

Die Auswirkungen der Sozialpolitik sind besonders klar an den Arbeitslosenzahlen und der Schaffung von Arbeitsplätzen abzulesen. Schätzungen gehen davon aus, dass in den Jahren 2004-2007 etwa 20 % der neu geschaffenen Arbeitsplätze dank EU-Finanzierungen entstanden sind. In Polen wird jeder dritte durch öffentliche Projekte ausgegebene Zloty aus EU-Geldern gefördert.

Die Kohäsionspolitik hatte in der Wohlstandsphase beschleunigende Wirkung. Sie erwies sich jedoch auch als Schutzschild gegen die verheerenden Auswirkungen des Konjunkturabschwungs. Öffentliche und private Unternehmen griffen angesichts der Kreditklemme auf EU-Mittel zurück. Nach meiner Ansicht war die Kohäsionspolitik eine Art Treibstoff, die den Wirtschaftsmotor am Laufen hielt.

Wenn Sie etwas an der Kohäsionspolitik verändern könnten, was wäre das?

Wenn ich daran denke, wie wirksam die Kohäsionspolitik für die nachhaltige Entwicklung in Polen war, so glaube ich, dass man die Stärken der Regionen besser hervorheben sollte, um sie wettbewerbsfähiger zu machen.

Was sind dann die größten Herausforderungen für Polen in Bezug auf die Kohäsionspolitik?

Meiner Ansicht nach ist dies zweifellos die effektive Nutzung der EU-Fonds, um die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu steigern und die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte zwischen ihnen zu überwinden. Den Ergebnissen nach zu urteilen, die Polen bisher erreicht hat, bin ich zuversichtlich, dass uns dies gelingen wird.

„ Schätzungen gehen davon aus, dass in den Jahren 2004-2007 etwa 20 % der neu geschaffenen Arbeitsplätze dank EU-Finanzierungen entstanden sind. “

Ausbau der Verkehrsverbindungen in Polen



ALBINO CAPORALE

Generaldirektor, Wirtschaftsentwicklung, Region Toskana



Im Jahr 2005 leitete Albino Caporale die Verwaltungsbehörde des EPPD Ziel 2, 2000-2006. Er ist derzeit Beauftragter des OP Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, EFRE, Region Toskana. Im Jahr 2007 wurde er zum stellvertretenden Generaldirektor für Industriepolitik, Innovation & Forschung und Handwerk ernannt.

Was wurde aus Ihrer Sicht durch die Kohäsionspolitik im Programmplanungszeitraum 2000-2006 erreicht?

Auf Verwaltungsebene gab es einen Versuch, das Beschlussfassungsverfahren dadurch zu vereinfachen, dass den für die Programme zuständigen Regionen größere Autonomie gewährt wurde. Dazu war es erforderlich, die Bereiche Umsetzung und Überwachung voneinander zu trennen. Bei den Methoden für die Programmverwaltung war dies der Fall, ihre Ergebnisse waren jedoch in Bezug auf die Effizienzsteigerung nicht immer beachtlich.

Folgende Bereiche wurden gestärkt: die Bewertung von Programmen im Rahmen der Kriterien für die Rechenschaftspflicht gegenüber Stakeholdern, die politisch-institutionelle Partnerschaft, die Bedeutung der Rolle lokaler Institutionen und die zentrale Funktion regionaler Entwicklungspolitiken.

Der Programmplanungszeitraum 2000-2006 bestätigte den Wert und Nutzen der regionalen Kohäsionspolitik der EU, die nach wie vor den „einflussreichsten Hebel“ darstellt, ungeachtet der Tatsache, dass sie noch nicht so hoch eingestuft wurde, wie dies für ihren finanziellen Wert angemessen wäre.

Wenn Sie etwas an der Kohäsionspolitik verändern könnten, was wäre das?

Die Debatte, die über die Haushaltsvorausschau 2007-2013 stattfand, sowie die ersten Dokumente und Maßnahmen, die für den Zeitraum nach 2013 Denkanstöße liefern, beruhen alle auf der Erkenntnis eines Widerspruchs im Kern der Kohäsionspolitik: Mehr als jede andere Politik beruht sie nämlich auf den Grundsätzen der Territorialität und Zusätzlichkeit und sie ist daher bürgernäher und unternehmerfreundlicher. Obwohl sie aber die spürbare Seite der EU ist, wird sie von Mitgliedstaaten argwöhnisch begutachtet.

Die Kohäsionspolitik läuft Gefahr, nur als außerordentliches Interventionsmittel für Gebiete mit dem größten Entwicklungsrückstand betrachtet zu werden.

Die Erfahrung mit den jüngsten Planungszyklen der Strukturfonds hat die Bedeutung des Territorialitätsbegriffs gestärkt, jedoch ohne den Mehrwert einer Politik, die den Zusammenhalt Europas tatsächlich vergrößert hat, umfassend widerspiegeln zu können.

Glauben Sie, dass der von Kommissarin Danuta Hübner in Auftrag gegebene „Barca-Bericht“ Lösungen für eine mögliche Reform der EU-Kohäsionspolitik beinhaltet?

Der „Barca-Bericht“ zeigt alle kritischen Aspekte der derzeitigen Kohäsionspolitik auf und liefert insbesondere theoretische und politische Argumente für die Fortsetzung der Politik, sofern einige Veränderungen durchgeführt werden.

Ich glaube, dass die Änderungsvorschläge im „Barca-Bericht“ sowohl vernünftig als auch machbar sind. Sie sind auch radikal, denn sie werden unausweichlich mit „intellektueller Unnachgiebigkeit“ konfrontiert, wie es bei den meisten Reformen der Fall ist.

Einer der Pluspunkte des Berichts ist, dass er aufzeigt, dass eine Reform der Kohäsionspolitik sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die territorialen Gebietskörperschaften (Regionen und Gemeinden) von Vorteil ist.

„ Der Programmplanungszeitraum 2000-2006 bestätigte den Wert und Nutzen der regionalen Kohäsionspolitik der EU. “

Schutz der Ostseeküste

JOHN BACHTLER

Professor am European Policy Studies und Direktor des European Policies Research Centre an der Universität Strathclyde in Glasgow



John Bachtler hat Bücher, Beiträge, Artikel und Forschungspapiere über Regionalentwicklung und Regionalpolitik sowie Politiken für den öffentlichen Sektor veröffentlicht.

Was hatte die Kohäsionspolitik ihrer Ansicht nach im Programmplanungszeitraum 2000-2006 erreicht?

Im Zeitraum 2008-2009 führte das European Policies Research Centre eine Bewertung der Verwaltung und Durchführung der Kohäsionspolitik 2000-2006 durch.

Unsere Studie ermittelte mehrere wichtige Tendenzen:

- Es gab Belege für eine verstärkte partnerschaftliche Arbeit.
- Die Programmentwicklung basierte in der Regel zumindest auf einigen Analysen, strategischen Überlegungen und Konsultationen von Partnern und umfasste zudem eine kohärentere Nutzung der Ex-ante-Bewertung.
- Dem Monitoring wurde größere Aufmerksamkeit gewidmet, obwohl der Nutzen der bereitgestellten Systeme und Informationen manchmal etwas fragwürdig war.
- Ein stärkerer Akzent richtete sich auf die Verwaltung, Kontrolle und Prüfung der Finanzen, insbesondere die Verfahren zur Erfüllung der neuen Durchführungsvorschriften sowie eine engere Überwachung der finanziellen Vorgänge, um Aufhebungen der Mittelbindung zu vermeiden.
- Die Entwicklung einer Bewertungskultur wurde durch die Anforderung einer Halbzeitbilanz und ihre Aktualisierung gefördert. Letztere wurde insbesondere bei der Vorbereitung der Strategien für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 genutzt. Die Mitgliedstaaten nahmen ihre eigenen Bewertungen vor.

„ Die Statistik zeigt, dass die während des Programmplanungszeitraums unterstützten Regionen schneller wuchsen als andere. “

Diese Entwicklungen sind jedoch nicht allgemeingültig. So stellt sich die Frage, warum viele Verwaltungsbehörden nach 15-20 Jahren Management der Kohäsionspolitik weder willens noch fähig sind, das Potenzial der Verwaltungs- und Durchführungsprozesse umfassend zu nutzen. Inwieweit ist dies auf externe Faktoren oder interne Zwänge zurückzuführen?

Wenn Sie etwas in der Politik verändern könnten, was wäre das?

Die Strukturfondsverwaltung muss den Sinn ihres „politischen Auftrags“ wiederentdecken, der im vergangenen Jahrzehnt etwas abhanden gekommen ist. Viele Programme waren mit der finanziellen Absorption beschäftigt, was zu Lasten der Projektqualität ging. Erhebliche Verwaltungsressourcen werden für Berichterstattung, Monitoring und Finanzmanagementsysteme bereitgestellt, die vorrangig die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und nicht die Programmverwaltung zum Ziel haben. Immer mehr Zeit ist für die finanzielle Kontrolle und Prüfung zu verwenden.

Eine der negativsten Auswirkungen besteht darin, dass die politischen Stakeholder über die Politik frustriert und enttäuscht sind. Es gibt sogar Fälle, in denen die Begünstigten wegen des Verwaltungsaufwands auf die Beantragung von EU-Mitteln verzichten.

Es wird oft behauptet, dass die Durchführungsmethode der Kohäsionspolitik einen „Mehrwert“ darstellt. Gibt es dafür einen Nachweis?

Bei unserer Bewertung stellte sich unter anderem die Frage, ob Nachweise für „Ausstrahlungseffekte“ von Strukturfonds auf die inländischen politischen Verwaltungssysteme von Mitgliedstaaten vorhanden sind. Dies wird dann oft als „Mehrwert“ bezeichnet, ist aber Gegenstand heftiger Diskussionen. Hier könnten wir eine klare Schlussfolgerung ziehen: Die Erfahrung mit der Umsetzung der Strukturfonds wirkte sich (in der Regel positiv) auf die Praktiken und Verfahren aus, die von den Mitgliedstaaten bei der Verwaltung ihrer inländischen Politik angewandt werden. Diese Art von Veränderungen setzt jedoch das aktive Engagement von „politischen Unternehmern“ und ein hohes Maß an politischem Engagement voraus.

AUSFÜHRLICHERE INFORMATIONEN FINDEN SIE AUF FOLGENDER WEBSITE:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/expost2006/wp11_de.htm

EX-POST-BEWERTUNG VON ZIEL 1 UND 2 FÜR DEN ZEITRAUM 2000-2006: DIE ERGEBNISSE AUF EINEN BLICK

Die Auswirkungen der Kohäsionspolitik des Zeitraums 2000-2006 wurden unter verschiedenen Gesichtspunkten untersucht, wobei mehrere Bewertungsmethoden zugrunde gelegt wurden. Aus den untersuchten Themenfeldern ergibt sich ein Gesamtbild, das die Ergebnisse der im Zeitraum 2000-2006 umgesetzten Kohäsionspolitik in den folgenden Elementen widerspiegelt:

- makroökonomische Modelle, Verwaltungsdaten und -analysen der Verwaltungs- und Durchführungssysteme
- eine thematische Aufschlüsselung der Politikbereiche, in denen der EFRE und der Kohäsionsfonds einen wesentlichen Beitrag geleistet haben

Auswirkungen der Kohäsionspolitik 2000-2006

Die Auswirkungen der Kohäsionspolitik bedingen sich wechselseitig und lassen sich anhand des folgenden Schemas darstellen:

- Auswirkungen auf BIP und Beschäftigung
- Beitrag zu den Umweltzielen und einer ausgewogenen Raumentwicklung
- Ergebnisse in den wichtigsten Sektoren
- Beitrag zur Schaffung von Kapazitäten und zum politischen Lernen in allen Mitgliedstaaten
- Beispiele für bewährte Praktiken

MAKROÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN

- Zwei Modelle (HERMIN, QUEST) simulieren die langfristigen Auswirkungen der Kohäsionspolitik für BIP, Beschäftigung und Kapitalstock in Ziel-1-Regionen.
- Gesamt-BIP 2009 im Vergleich zur Situation ohne Kohäsionspolitik (Ergebnis von QUEST):
 - + 0,61 % Deutschland
 - + 5,0 % Polen
 - + 9,5 % Spanien
 - + 15,7 % Portugal
- Beschäftigungsauswirkung 2008 im Vergleich zur Situation ohne Kohäsionspolitik: + 819 000 Personen (HERMIN).

VERKEHR

- Aus dem EFRE wurden 24 % des Autobahnausbaus in der EU kofinanziert, was zu einer beträchtlichen Erweiterung der Straßennetze führte.
- 13 % aller neuen Hochgeschwindigkeitsbahnstrecken in Europa wurden aus dem EFRE kofinanziert.
- Intermodaler und städtischer Verkehr, grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen und Schiene benötigen mehr Aufmerksamkeit.

UNTERSTÜTZUNG VON UNTERNEHMEN

- KMU sind die Hauptzielgruppe der EFRE-Unterstützung für Unternehmen (83 % der Finanzierung). Indirekte Instrumente, wie Unternehmensdienstleistungen, Unterstützung von Clustern und Netzwerke, werden verstärkt in Anspruch genommen.
- Es wurden mindestens 638 000 Bruttoarbeitsplätze geschaffen.
- Eine in den neuen deutschen Bundesländern durchgeführte Fallstudie lieferte überzeugende Beweise dafür, dass direkte finanzielle Unterstützung die Produktions- und Investitionstätigkeit steigert.

VERWALTUNGS- UND DURCHFÜHRUNGSSYSTEME

- Die EU-10-Länder haben erfolgreich Systeme eingerichtet, um die verfügbaren EU-Finanzmittel einzuziehen: erhebliche mittel- bis langfristige Verbesserungen und positive Auswirkungen auf Verwaltungssysteme der einzelnen Länder.
- Sowohl die EU-10 als auch die EU-15 müssen sich stärker auf die Ergebnisse konzentrieren.

STRUKTURWANDEL & GLOBALISIERUNG

- Pfadabhängigkeiten können durch langfristige, genau definierte Regionalpolitiken verändert werden. Die Ziel-2-Programme sind am effektivsten, wenn sie die regionalpolitischen Maßnahmen intensivieren und keine zusätzlichen Ziele verfolgen.
- Seine größte Wirkung erzielt der EFRE-Beitrag, wenn sich die Interventionen auf Innovation und Internationalisierung konzentrieren.

UMWELT & KLIMAWANDEL

- Im Zeitraum 2000-2006 wurden 25,5 Milliarden € für umweltbezogene Interventionen ausgegeben.
- Durch die EFRE-Unterstützung erhielten 14 Millionen Menschen einen Anschluss an moderne Wasserversorgungssysteme und 20 Millionen Zugang zu Abwasserbehandlungssystemen.
- Die Europäische Kommission muss ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Erfüllung der EU-Umweltanforderungen ein Ziel der Kohäsionspolitik ist, auch wenn sie kurzfristig kein wirtschaftliches Wachstum bringt.

ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS

- Der EFRE trug erheblich zur Entwicklung des ländlichen Raums in Ziel-1- und Ziel-2-Regionen bei.
- Der Beitrag der Kohäsionspolitik sollte für Bürger im ländlichen Raum besser sichtbar gemacht werden.

GLEICHSTELLUNG & DEMOGRAFISCHER WANDEL

- Demografischer Wandel: Obwohl dies zu Beginn des Programmplanungszeitraums keine Priorität war, haben die Regionen mit der Unterstützung einschlägiger Projekte begonnen.
- Die Bewertung zeigt, dass es nicht ausreicht, die Gleichstellung von Männern und Frauen als horizontale Priorität festzulegen. Am wirksamsten ist die Gleichstellung, wenn sie durch konkrete und greifbare Maßnahmen unterstützt wird. Es sollten nur die horizontalen Prioritäten gewählt werden, die für die betreffenden Regionen relevant sind.

In dieser Ausgabe von Panorama untersuchen wir vier Projekte in der EU, die bewertet wurden und Beispiele für bewährte Praktiken in vier Schwerpunktbereichen der Finanzierung der Regionalpolitik liefern: Infrastruktur, Unternehmensförderung, Umweltschutz und Geschlechtergleichstellung.

EINE NEUE U-BAHN

FÜR ATHEN

Die Kombination der Worte „Athen“ und „Verkehr“ hat lange Zeit sogar die größten Liebhaber dieser Stadt erblassen lassen – jetzt steht die Stadt im Begriff, diesen schlechten Ruf loszuwerden.

Von 1965 bis 1983 hat sich die Zahl der Nutzer öffentlicher Nahverkehrsträger fast halbiert, nämlich von 973 Millionen auf 510 Millionen Fahrgäste, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Autobesitzer drastisch zunahm. Das Ergebnis: Verkehrsstaus, Verschmutzung und Beeinträchtigung der öffentlichen Gesundheit. Die Lösung: eine neue U-Bahn.

Eine schnellere und umweltfreundlichere Verkehrsverbindung

Der Bau der Athener U-Bahn begann bereits 1992. Es handelte sich um ein umfangreiches Projekt, das durch technische Komplikationen geprägt wurde, die von Erdbeben bis hin zur Erhaltung archäologischer Funde reichten. Davor waren die meisten Menschen in erster Linie auf Busse angewiesen und mit den gleichen Stauproblemen wie Autofahrer konfrontiert. Als sich die erste Projektphase dem Ende näherte, wurden ab 2004 die Ausbauarbeiten begonnen. Die Gesamtstreckenlänge des Athener U-Bahn-Netztes beträgt 30 km. Im Jahr 2007 beförderte die Athener U-Bahn knapp 200 Millionen Menschen im Alltag und entlastete dadurch die verstopften Straßen. Mit täglich 650 000 Fahrgästen trug die Athener U-Bahn zweifellos zur Bewältigung der Verkehrsprobleme in der Athener Innenstadt bei, besonders entlang der Verkehrsadern, die von der U-Bahn bedient werden.

FÜR DIE ERSTE PHASE VON 1994-1999 WURDEN

2,1 MILLIARDEN € BEREITGESTELLT:

- Davon stammten 50 % aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds
- 39 % aus Darlehen der Europäischen Investitionsbank
- 11 % vom griechischen Staat

IN DER ERWEITERUNGSPHASE 2000-2006 WURDEN

2,2 MILLIARDEN € ZUR VERFÜGUNG GESTELLT:

- 43 % aus dem EFRE und dem Kohäsionsfonds
- 38 % aus Darlehen der Europäischen Investitionsbank
- 19 % vom griechischen Staat

Schätzungen zufolge verringerte sich während der ersten Projektphase die Zahl der in der Innenstadt verkehrenden Autos um 70 000, was täglich 335 000 Fahrzeugkilometern entspricht. Aktuellere Schätzungen der Attiko Metro SA lassen den Schluss zu, dass die Zahl der privaten Autofahrten nach Eröffnung der Ausbaustrecken um täglich 120 000 zurückging. Weniger Autos, das bedeutet auch mehr Parkflächen und eine erhebliche, dauerhafte Reduzierung der Schadstoffbelastung.

Mit dem Auto lässt sich die Stadt nun schneller durchqueren – eine kürzlich aufgetretene Verkehrsunterbrechung der U-Bahn verursachte auf den Straßen darüber 20-25 % längere Fahrzeiten in der Hauptverkehrszeit.

Infrastruktur bauen und Partnerschaften anknüpfen

Die Projektbewertung lieferte zahlreiche Beispiele für bewährte Praktiken, darunter die Zusammenarbeit zwischen Partnern wie den verschiedenen Verwaltungsbehörden, die aufgrund des zusätzlichen Termindrucks durch die Olympischen Spiele besonders eindrucksvoll war.

Archäologische Ausgrabungen waren ebenfalls notwendig und erforderten neben der Erhaltung, dem Transport und der Präsentation der Fundstücke eine enge Zusammenarbeit zwischen völlig verschiedenen Einrichtungen wie der Attiko Metro SA, dem Olympic Metro Consortium und dem Kulturministerium. Das Ministerium führte die Aufsicht über alle archäologischen Arbeiten, während die Attiko Metro die Ausgrabungen in Zusammenarbeit mit Auftragnehmern und den beteiligten Behörden und Dienststellen koordinierte.

Da das Projekt das Zuständigkeitsgebiet mehrerer Präfekturen umfasste, waren verschiedene Kommunalverwaltungen und öffentliche Nahverkehrsunternehmen daran beteiligt. Empfindliche Bauwerke, die angesichts der immer näher rückenden Olympischen Spiele zu sichern waren, und ein kompliziertes Geflecht aus Organisationen, die koordiniert werden mussten: Die Projektverantwortlichen haben allen Grund, mit ihrer Arbeit zufrieden zu sein.

Förderung von Beschäftigung und Fremdenverkehr

Kürzere Fahrzeiten und die phantasievolle Präsentation von Ausgrabungsstücken auf U-Bahnhöfen bilden willkommene Anreize für Touristen, die in die Stadt kommen – die U-Bahn selbst wird zur Vitrine für das Athener Architekturerbe. Sie wurde allerdings nicht in erster Linie für die Tourismusbranche, sondern für die Einwohner Athens gebaut. Die Außenbezirke der Stadt sind jetzt an das U-Bahn-Netz angeschlossen und werden neu belebt, da das Pendeln zwischen Wohnung und Arbeitsplatz leichter wird. Für viele Einwohner wird dadurch der tägliche Arbeitsweg weniger zeitraubend.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

<http://www.ametro.gr/page/>



Entlastung des Straßenverkehrs in Athen

CZECHINVEST – HIER NEHMEN

INTELLIGENTE INVESTITIONEN IHREN ANFANG

Investment und Geschäftsentwicklung sind zwei Kerngeschäftsbereiche von CzechInvest, einer Agentur, die seit 1992 ihre Dienste Unternehmen im In- und Ausland kostenlos anbietet. Als solche bahnte sie 1 200 Investitionen mit einem Gesamtwert von rund 650 Milliarden CZK (26 Milliarden €) an.

CzechInvest vermittelt seit 2004 europäische Zuschüsse an in Tschechien ansässige Unternehmen. Über das Operationelle Programm für Industrie und Unternehmen wies CzechInvest diesen Unternehmen rund 350 Millionen € zu.

EU-Regionalfördermittel 2007:	4,9 Millionen €
im Jahr 2008:	5,09 Millionen €

Den Marktentwicklungen folgen

Während sich CzechInvest ursprünglich auf Projekte im verarbeitenden Gewerbe (Fahrzeugbau, Elektronik, Luft- und Raumfahrt) konzentrierte, befasst sie sich derzeit schwerpunktmäßig mit Projekten im FuE-Bereich (Technologiezentren) und unterstützenden Dienstleistungen für Unternehmen (Kundenbetreuungszentren, Dienstleistungen im Bereich Finanz- und Rechnungswesen).

Das größte Projekt betreibt CzechInvest mit Hyundai. Ein neues Produktionswerk im Wert von 1 Milliarde € wird derzeit in Nordmähren errichtet. Dies dürfte zur Schaffung von ungefähr 12 000 Arbeitsplätzen beitragen.

Einen guten Ruf aufbauen

CzechInvest gilt nun als Ausgangsbasis für intelligente Investitionen, nachdem sie sich den Ruf als effizienteste Vermittlerstelle in der Tschechischen Republik erworben hat. Was sind aber die Schlüsselfaktoren für den Erfolg von CzechInvest?

- Insgesamt 13 Regionalniederlassungen wurden im gesamten Gebiet der Tschechischen Republik unter dem Motto „Hin zum Kunden“ errichtet. Dadurch konnte die Agentur Kunden in allen selbstverwalteten Regionen des Landes ein durchweg hohes Dienstleistungsniveau anbieten.
- Die Einrichtung einer gebührenfreien Rufnummer, die nunmehr vier Jahre in Betrieb ist, war eine innovative Maßnahme. Dieser Dienst bearbeitete mehr als 33 000 Anfragen zum Thema EU-Zuschüsse.

Alexandra Rudysarova, Geschäftsführerin von CzechInvest, erklärt: „Die Tschechische Republik hat ein recht solides Angebot an Anreizen für Investitionen im Inland. Wir konnten die EU-Finanzierung so abstimmen, dass sie zur Förderung der wertvollsten FuE-Projekte genutzt werden konnte, was von den Investoren begrüßt wird.“

Die Herausforderungen annehmen

Eine der größten Herausforderungen, mit denen CzechInvest konfrontiert wurde, bestand darin, das für die Mitarbeiter ihrer Regionalstellen notwendige Personalbudget aufzubringen. Jedoch gelang es CzechInvest, die Banken zu überzeugen, die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen. Dann galt es, geeignete Mitarbeiter einzustellen. Dies dauerte oft bis zu sechs Monate. Idealerweise sollten Bewerber über einen kaufmännischen Hintergrund verfügen und mit den Bedürfnissen und der Fachsprache von Privatunternehmen vertraut sein.

Mit gutem Beispiel voran

Das Netz der Regionalniederlassungen gilt als überaus professionell und wird während des gesamten neuen Programmplanungszeitraums 2007-2013 weiter betrieben. Während dieser Zeit werden außerhalb der Hauptstadt tätige Unternehmen über 3,6 Milliarden € aus dem Operationellen Programm für Unternehmen und Innovation erhalten.

Es besteht großes Potenzial, den Ansatz auf andere Kontexte und Länder zu übertragen, sofern es einen leistungsstarken und überzeugenden Führungsstab gibt, wie dies bei CzechInvest der Fall ist.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

www.czechinvest.org

Förderung der Geschäftsentwicklung in der Tschechischen Republik

DER WISSENSCHAFTS- UND UNTERNEHMENSPARK IN LAHTI – FINNLANDS CLEANTECH-CLUSTER

2000-2006 erhielt der Wissenschafts- und Unternehmenspark im finnischen Lahti (Lahti Science and Business Park):

855 982 € aus dem EFRE

eine Gesamtfinanzierung von 2 463 179 €

Das frühere Schwerindustriezentrum Lahti in Südfinnland wurde vom Zusammenbruch seines wichtigsten Marktes, der Sowjetunion, hart getroffen. Ein Drittel aller in der Stadt hergestellten Holz-, Metall- und kunststofferzeugnisse waren für den Export bestimmt. Als dies zu Ende war, sank auch der Wohlstand in Lahti. Durch die Unterstützung aus dem EFRE florieren umweltfreundliche Cleantech-Unternehmen in einer Stadt, deren Bild einst von Hüttenwerken und Zellstofffabriken geprägt wurde. Noch im Jahr 2000 versuchte die Wirtschaft, diese Veränderungen zu bewältigen, und verharrte die Arbeitslosenquote in der Region bei rund 12%.

Der Park beherbergt nun ca. 120 Unternehmen, ein Konsortium aus fünf Universitäten und öffentlichen Förderungsgesellschaften. Wo aber begann alles?

Das Erfolgsgeheimnis

Eines der wichtigsten Ziele der regionalen Entwicklungsstrategie lag in der Steigerung und im Ausbau der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Dazu wurden zwei Ansätze verwendet: die Entwicklung von KMU und ihrer operationellen Rahmenbedingungen sowie die Förderung neuer Technologien und Ausbildung. Zu diesem Zeitpunkt war die Unterstützung aus dem EFRE von entscheidender Bedeutung. Im Rahmen dieser Priorität förderte der EFRE die Umweltprojekte

der beteiligten Unternehmen mit dem Ziel, die Wirtschaftstätigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung durch Innovation zu entwickeln. Die Unterstützung umfasste auch das Konzept des Ausbaus internationaler Verbindungen.

Die geografische Dimension wurde ebenfalls berücksichtigt: Der Vesijärvi-See zog mit seinem Forschungsmöglichkeiten Wissenschaftler in die Region, und im Jahr 2005 kam Lahti die Einrichtung eines regionalen Innovationssystems zugute.

Die Region verfügte über einen klar definierten Aufgabenrahmen in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung. Jeder Regionalrat ordnete die ihm zugeteilten Projektmittel bestimmten Schlüsselbereichen zu, wobei das Regionalprogramm als Leitfaden genutzt wurde, und definierte die jeweilige langfristige Strategie gemäß diesen Parametern. Dadurch konnte die Päijät-Häme-Region ihre Maßnahmen auf die Stärken der Region konzentrieren.

Im Park

Der Wissenschafts- und Unternehmenspark entspricht dem aktuellen Stand der Technik und fungiert als Treffpunkt für Umweltforschung, Bildung und Wirtschaft. Er koordiniert den Cleantech-Cluster, dessen wichtigste Expertenbereiche Recycling, Materialeffizienz, Energieeffizienz und Wasseraufbereitung sind.

Universitäten, Unternehmen, Entwicklungsorganisationen, Fördereinrichtungen und Stadtverwaltungen versammeln sich, um Dienstleistungen und Projekte anzubieten, die umfassend auf die Bedürfnisse von Unternehmen aufbauen, die bei der Koordinierung aller Aktivitäten eine maßgebende Rolle übernehmen. 12% des Wissenschafts- und Unternehmensparks befinden sich in Privatbesitz.

Das finanzielle Engagement der Beteiligten ist zudem sehr groß. Der Park erwirtschaftete 2009 einen Umsatz von 7,2 Millionen €. Davon wurden ca. 0,9 Millionen € aus dem EFRE, 2,7 Millionen € durch andere öffentliche Träger (Ministerien, Tekes usw.) und den ESF, 1,5 Millionen € durch private Stakeholder und 2,1 Millionen € durch Stadtverwaltungen (insbesondere in der Stadt Lahti) finanziert.

Arbeiten für die Zukunft

Da die Erweiterung und Vertiefung des Expertenwissens stets im Mittelpunkt standen, sind nun über 50% der Cleantech-Unternehmen in der Region in den Bereichen Recycling und Abfallwirtschaft tätig. Die zunehmende Bedeutung der Materialeffizienz und geschlossenen Kreisläufe in traditionellen Industrien rechtfertigte die starke Ausrichtung des EFRE auf diesen Bereich.

Der Wissenschafts- und Unternehmenspark entwickelte sich zum führenden Umwelttechnologiezentrum in Finnland. Durch den Cleantech-Cluster kamen auch mehrere internationale, schnell wachsende Unternehmen an den Standort. Im Jahr 2006 verzeichnete der Park 70 etablierte Unternehmen, 41 Neugründungen und ungefähr 200 aktive Unternehmenspartner. Zwischen 2005 und 2007 wurden mehr als 30 Millionen € investiert und 170 neue Arbeitsplätze geschaffen.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

<http://www.lahtisbp.fi/en>

Umwelttechnologie im neuen Unternehmenspark



IN SALZBURG WERDEN BEDÜRFNISSE VON FRAUEN MIT DEN ANFORDERUNGEN DER LOKALEN WIRTSCHAFT IN EINKLANG GEBRACHT


In einer Region, in der keiner der 15 Bürgermeister eine Frau ist, ließ die Aufgabe der regionalen Projektmanagerin für Chancengleichheit eine Herausforderung vermuten. Seitdem Andrea Schindler-Perner ihre Arbeit vor acht Jahren aufnahm, hat der ländliche Bezirk Lungau (Österreich) einen weiten Weg zurückgelegt.

Als Andrea Schindler-Perner 2002 ernannt wurde, gab es schlichtweg keine Einrichtungen oder Vorkehrungen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wie etwa ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Zahlen aus dieser Zeit belegen den Missstand: Weniger als die Hälfte aller Mütter gingen einer Arbeit nach, sie verdienten über 30% weniger als Männer, und 80% aller Hochschulabsolventinnen verließen die Region.

Schindler-Perners Stelle, die dank der Kofinanzierung durch den Europäischen Regionalfonds (EFRE) eingerichtet wurde, sollte eine Veränderung in Gang setzen.

„Am Anfang war es hart“, berichtet Schindler-Perner zurückblickend. „Ich war die einzige Frau in einer Gruppe männlicher Entscheidungsträger – ohne politischen Einfluss, Personal und Budget.“ Patriarchalische Strukturen waren nicht die einzige Herausforderung, schon der Begriff des Gender Mainstreaming war völlig unbekannt.

Schindler-Perner war jedoch entschlossen, etwas zu unternehmen. Als Mutter von zwei Kindern erfuhr sie selbst, wie schwierig es war, Arbeit und Familie in Einklang zu bringen, als sie nach dem Studium in den Lungau zurückkehrte: „Ohne Hilfe von meiner Mutter und meinem Mann hätte ich nicht bleiben können.“



„Pagitsch Kinderland“ – ganzzährige und ganztägige betriebliche Kinderbetreuungseinrichtung

Da sie den Bedarf an Kinderbetreuung aus eigener Erfahrung kannte, fehlte es Schindler-Perner bei der Gründung der Kinderbetreuungseinrichtung für die Baufirma Pagitsch nicht an Motivation. Das schnell wachsende Unternehmen, das damals ca. 160 Mitarbeiter zählte, bat um ihre Hilfe bei der Suche nach Bewerberinnen, die seinen zunehmenden Personalbedarf in der Region abdecken könnten. Nach einer Erhebung, die ein passendes Kinderbetreuungsangebot als wichtigen Anreiz ermittelte, wurde das Pilotprojekt „Pagitsch Kinderland“ ins Leben gerufen.

Das aus dem EFRE und Bundesmitteln kofinanzierte Projekt eröffnete 2006 mit einem professionellen Angebot an Tagesstätten für Kinder von 2 bis 14 Jahren in Gruppen von bis zu 16 Kindern, die 6 Tage pro Woche, 12 Monate pro Jahr betreut werden. Die Öffnungszeiten sind auf die Bedürfnisse der berufstätigen Eltern zugeschnitten.

„PAGITSCH KINDERLAND“ – FINANZIERUNG

- Gesamtprojektbudget für 1 Jahr (2006): 105 000 €
- EFRE-Beteiligung: 47 250 € (45%)
- Weitere Finanzierungsquellen:
Mittel des Bundeslandes Salzburg: 15 750 €

Am Anfang gab es nur eine Gruppe. Diese war jedoch so erfolgreich, dass 2008 eine zweite Gruppe hinzukam. Allein im Jahr 2009 stellte Pagitsch 11 Frauen mit Kindern ein.

Das Projekt wurde vom Bundesland Salzburg und vom Bundeswirtschaftsministerium mehrfach für die Förderung der Chancengleichheit und sozialen Verantwortung der Unternehmen ausgezeichnet.

„Lungauer Frauen Netzwerk“ – Frauenpower durch Vernetzung

Schindler-Perner erkannte, wie wertvoll die Vernetzung zwischen Frauen ist, die sich für Gender Mainstreaming engagieren, und organisierte wiederholt Treffen: Dadurch entstand das „Lungauer Frauen Netzwerk“. Nach einem Jahr intensiver Vorbereitungen bewarb sich das Netzwerk erfolgreich um eine Finanzierung aus dem LEADER+ Programm.

Durch Veranstaltungen, Schulungen, Informationsaustausch und Medienpräsenz gelang es dem Netzwerk, die Rolle der Frauen in Entscheidungsprozessen zu stärken und das allgemeine Bewusstsein für die Gleichstellungsthematik zu steigern.

LUNGAUER FRAUEN NETZWERK – FINANZIERUNG

- Gesamtprojektbudget für drei Jahre (2003-2006): 39 000 €
- EAGFL-Beteiligung: 20 670 € (53%)

Ausblick

Die Fallstudien zeigen, dass die Anwendung der Geschlechterperspektive in allen politischen Bereichen und in allen politischen Phasen nützliche Ergebnisse in Bezug auf die regionale Entwicklung erzielen könnte, wenn diese durch die Einrichtung von Chancengleichheitsstellen mit starkem politischen Engagement unterstützt werden. Die Region verzeichnete einige fundierte Ergebnisse bei der Gleichstellung der Geschlechter, nicht weil sie als horizontale Priorität angelegt war, sondern aufgrund der Einrichtung einer Umsetzungsstelle (zwei Projektträger zur Förderung der Chancengleichheit). Ob Schindler-Perner mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden ist? „Wir bewegen uns in die richtige Richtung, haben aber noch einen weiten Weg vor uns“, sagt sie. Langfristiges Engagement ist wichtig, um Chancengleichheit in der Region in die Praxis umzusetzen.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

- <http://www.lungauerfrauennetzwerk.at/>
- <http://www.pagitsch.at/>

BEWERTUNG – MIT WELCHEN METHODEN?

Die Wahl der Methoden ist ein wichtiger Schritt, nachdem das Thema einer Bewertung und ihre wichtigsten Fragen festgelegt wurden. Methoden sind nicht nur für die Person oder das Unternehmen relevant, von der bzw. dem die Bewertung vorgenommen wird – jeder Gemeinde, Region oder Verwaltung, die Bewertungen in Auftrag gibt, sollte zumindest eine Übersicht der verfügbaren Instrumente sowie ihrer Möglichkeiten und Grenzen vorliegen. Nicht zuletzt unterscheiden sich die Methoden hinsichtlich ihres technischen Charakters und ihrer Kosten.

Die Herausforderung, geeignete Methoden anzuwenden, war besonders dringlich, als die GD Regionalpolitik vor der Aufgabe stand, ihr Konzept auf die Ex-post-Bewertung des Zeitraums 2000-2006 mit über 230 Ziel-1- und Ziel-2-Programmen unterschiedlichen Umfangs (von 6 Millionen € bis 6 Milliarden €!) und Inhalts in 25 Mitgliedstaaten abzustimmen. Um eine hohe Qualität der Bewertung zu gewährleisten, war eine der ersten Entscheidungen die Auswahl wichtiger Interventionsbereiche und die Anpassung der Fragen und Methoden an diese Themen. Für eine Themenauswahl begeisterten sich zudem auf die verschiedenen Sektoren spezialisierte Wissenschaftler und Berater.

Die Wahl der geeigneten Bewertungsmethoden ist wichtig. Es gibt aber keine Methode, die alle Fragen beantworten kann. Methoden richten sich nach den gestellten Fragen, den Daten und den Benutzern. Jede Methode hat ihre Grenzen, ist fehlbar und deckt nur einen kleinen Teil unserer komplexen Gesellschaften ab.

Rechenschaft: Wofür wurde das Geld ausgegeben?

Eine verantwortungsvolle Politik setzt eine gute Bilanzierung und eine gute Rechnungslegung voraus. Die politischen Entscheidungsträger wollen wissen, was durch die Unterstützung aus den Strukturfonds entstanden ist (z.B. wie viele Unternehmensgründungen eine Unterstützung erhielten). Die meisten derzeitigen Programme erfassen solche Daten als Outputindikatoren.

Die allererste Aufgabe für die Ex-post-Bewertung bestand darin, Informationen dieser Art über die materiellen Auswirkungen von Programmen zu erfassen. Dies ist noch keine Bewertung, aber ein erster Baustein, und diese Information wird von Politikern gewünscht.

Die Bewertungsteams prüften die Informationen, die durch die Monitoringsysteme der Mitgliedstaaten erhoben wurden. Es stellte sich bald heraus, dass diese Informationen zwar für das einzelne Programm oft wertvoll sind, aber zahlreiche Lücken aufwiesen,

wenn ein umfassender Überblick über alle Mitgliedstaaten vermittelt werden sollte. Für die Hauptinterventionsbereiche ergaben die Erhebungen mehr Informationen.

Qualitative Methoden: Haben die kohäsionspolitischen Programme die tatsächlichen Bedürfnisse erfüllt? Was steckt wirklich hinter den Programmen? Warum funktionierten manche Programme besser als andere?

Zahlen allein reichen nicht aus, um Steuerzahler und Politiker davon zu überzeugen, dass die öffentlichen Gelder richtig investiert wurden. Daher machte die Ex-post-Bewertung umfassenden Gebrauch von Fallstudien. Insgesamt 84 Fallstudien und 39 Beispiele für bewährte Praktiken wurden einbezogen. Die meisten Bewertungsteams führten Interviews mit Stakeholdern durch, um Informationen zu erhalten und Erkenntnisse zu überprüfen. Diese qualitativen Studien können neben quantifizierbaren Auswirkungen eine Vielzahl anderer Informationen liefern, die für Politiker und Bürger von Nutzen sind, um die genauen Auswirkungen der öffentlichen Maßnahmen vor Ort besser zu verstehen.

Diese Methoden versuchen die Frage zu beantworten, warum eine Reihe von Interventionen beabsichtigte oder auch unbeabsichtigte Wirkungen zeigen und für wen und in welchem Kontext diese Wirkung feststellbar ist. Das Ergebnis dieser Vorgehensweise ist keine Zahl, sondern ein Bericht. Er basiert auf der Idee einer Veränderungstheorie. Deshalb wird diese Methodengruppe auch als theoriebasierte Folgenabschätzung bezeichnet.

Erprobung der kontrafaktischen Wirkungsanalyse für EFRE-Programme

Es gibt eine Reihe überaus populärer Methoden, die in den Natur- und Sozialwissenschaften weithin akzeptiert wird, aber in die Bewertung von EFRE-Programmen noch keinen Eingang gefunden hat: die kontrafaktische Wirkungsanalyse. Der Kerngedanke kontrafaktischer Methoden ist die Nachbildung eines Szenarios, das sich ergeben hätte, wenn die Maßnahmen ausgeblieben wären.

Da regionale Entwicklungsprogramme unter kontrollierten Bedingungen nicht nachvollziehbar sind, wie dies bei physikalischen oder chemischen Experimenten der Fall wäre, besteht die einzige Methode, diese Frage annähernd zu beantworten, in der Einrichtung von Kontrollgruppen. Bei einem Programm

Eine gute Rechnungslegung signalisiert eine gute Politik



ÜBERBLICK ÜBER DIE BEWERTUNGSMETHODEN, MIT BEISPIELEN

KONTRAFAKTISCHE FOLGENABSCHÄTZUNG

Hat ein Programm funktioniert?

- Randomisierte kontrollierte Studie
- „Difference in difference“-Analyse
- Discontinuity-Design-Ansatz
- Matching-Methoden
- Instrumentvariablen

THEORIEBASIERTE BEWERTUNG

Warum funktioniert ein Programm?

- Erhebung bei Begünstigten
- Fallstudien, Interviews
- Realistische Bewertung
- Partizipative Bewertung

MODELLIERUNG

- Makroökonomische Modelle (z. B. HERMIN, QUEST)
- Sektorielle Modelle (z. B. TRANSTOOLS)
- Input-Output-Analyse
- Sozialkostenrechnung

BEWERTUNG VON ALTERNATIVEN

- Kosten-Nutzen-Analyse
- Kosteneffizienzanalyse
- Multi-Kriterien-Analyse
- Kontingentbewertung

zur Förderung von Unternehmensgründungen wäre es zum Beispiel wichtig, die Entwicklung von Unternehmen, die öffentliche Unterstützung erhalten, einer Gruppe von Unternehmen gegenüberzustellen, die diese Unterstützung nicht erhält. Im Idealfall – doch das ist im Rahmen der Kohäsionspolitik kaum machbar – kann dies durch eine zufällige Auswahl von Begünstigten aus einer großen Gruppe von Bewerbern geschehen.

Es gibt andere Techniken zur Bildung von Kontrollgruppen (z. B. „difference in difference“-Analysen, Matching-Methoden). Mehrere dieser Techniken wurden in einer Studie über Investitionsförderung im deutschen Ziel-1-Gebiet erprobt. Die Studie ergab, dass dieses Instrument zu zusätzlichen Investitionen in unterstützten Unternehmen führte. Die kausale Interpretation dieser Unterschiede ist plausibel; sie beruht auf empirischen Beweisen und einigen Annahmen.

Modellierung – das umfassendere Bild

Alle bisher erwähnten Methoden untersuchen die Ergebnisse von Programmen in einem relativ engen Sinne. Damit ist es nicht möglich, die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit zu erfassen, einschließlich der Wechselwirkungen zwischen einem Programm und dem Wirtschaftssystem. Die Modelle sind bei der Beantwortung dieser Frage behilflich. Sie simulieren die wichtigsten Mechanismen eines gesamten Wirtschaftssystems, das aus einer Region oder einem Nationalstaat bestehen kann. Ein Modell könnte zum Beispiel die Frage untersuchen, ob unterstützte Unternehmensgründungen tatsächlich zusätzliche Arbeitsplätze schaffen oder ob sie nur nicht unterstützte Unternehmen vom Markt verdrängen.

Die Ex-post-Bewertung verwendete zwei verschiedene makroökonomische Modelle für Ziel-1-Regionen: HERMIN und QUEST. Ihre Simulationen vermitteln Erkenntnisse über die Auswirkungen der kohäsionspolitischen Programme auf das Bruttoinlandsprodukt, die Beschäftigung und den Kapitalbestand der Wirtschaft.

Modelle können auch auf einen bestimmten Sektor begrenzt werden. Bei dieser Bewertung erprobten die GD Regionalpolitik

und die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission ein sektorales Verkehrsmodell (TRANSTOOLS).

Bei der Nutzung von Modellierungsergebnissen ist zu beachten, dass die Modelle trotz beeindruckender Hochrechnungen Realitäten vereinfacht wiedergeben. Vereinfachungen und Annahmen müssen sich explizit auf den Benutzer beziehen, sonst können die Modelle einen falschen Eindruck von „Exaktheit“ vermitteln.

Konkurrierende Alternativen – Was ist zu tun?

Politiker werden oft mit Situationen konfrontiert, in denen sich alternative Projekte oder Programme um eine Finanzierung bewerben. Kosten-Nutzen-Analysen sind die bekannteste Praxis in diesem Bereich. Die Entscheidung über ein öffentliches Projekt soll dadurch herbeigeführt werden, dass alle Kosten und Vorteile des Projekts erfasst und mit den Ergebnissen alternativer Projekte verglichen werden. Um diese Erfassung zu ermöglichen, werden die Kosten und Vorteile in Geldwerten ausgedrückt. Die GD Regionalpolitik erprobt derzeit die Nützlichkeit solcher Analysen nach dem Projektabschluss für Projekte, die eine Unterstützung aus dem Kohäsionsfonds 2000-2006 erhielten.

Wie lassen sich Fortschritte erzielen?

Die Europäische Kommission kann nicht allein alle Nachweise über die Umsetzung der Kohäsionspolitik erbringen. Deshalb fordert sie die Mitgliedstaaten auf, bei ihren eigenen Bewertungen einige der strengeren Methoden anzuwenden. Je mehr Bewertungen uns vorliegen, die einen glaubwürdigen Nachweis über verschiedene Aspekte der Politik liefern, umso eher wird es uns gelingen, ein Gesamtbild über die Umsetzung der Kohäsionspolitik zu erhalten. Zusammengefasst lässt sich feststellen: Es gibt keine Zauberformel oder einheitliche Methode, um auf einfache Weise zu ermitteln, ob die Programme der Kohäsionspolitik erfolgreich waren oder nicht. Bewertungen, die auf einer Vielzahl von Methoden basieren, können aber Beweise verdichten, um als erfolgreich zu gelten.

AUSFÜHRLICHERE INFORMATIONEN FINDEN SIE IN DER QUELLENSAMMLUNG DER BEWERTUNGSMETHODEN VON EVALSED:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/evalsed/sourcebooks/method_techniques/index_en.htm

DIE BEWERTUNG STÄRKT DIE KOHÄSIONSPOLITIK

Bewertungen finden auf allen Ebenen der Kohäsionspolitik statt. Wenn die EU-Staats- und Regierungschefs den Haushalt für ihre Politik festlegen, muss dies in Zielvorgaben für die mitgliedstaatliche, regionale und letztendlich auch die Projektebene umgesetzt werden. Durch klare Zielvorgaben auf jeder Ebene wird der Beitrag sichtbar, den die Projekte zur Erfüllung der europäischen Ziele der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Entwicklung leisten. Die Bewertung hilft bei der Festlegung der Ziele und zeigt, ob die Ziele erreicht wurden.

Die Regionen sind für die Bewertung ihrer Programme verantwortlich. Sie müssen überprüfen, dass die Programme die Planvorgaben erfüllen, und erforderlichenfalls Berichtigungen vornehmen, falls dies nicht der Fall ist. Im Programmplanungszeitraum 2007-2013 verfügen die regionalen und nationalen Behörden über große Entscheidungsfreiheit in Bezug auf die zu bewertenden Aspekte und die zeitliche Ausgestaltung der Bewertung. Entscheidend ist, dass die Bewertungen ihrem Bedarf entsprechen. Wenn die Ergebnisse benötigt werden, ist es auch wahrscheinlicher, dass sie tatsächlich genutzt werden!

In diesem Beitrag berichten Programmkoordinatoren aus vier EU-Mitgliedstaaten – Frankreich, Polen, Deutschland (Nordrhein-Westfalen) und Österreich – über den Beitrag von Bewertungen zur wirksamen Umsetzung von Programmen, die den Zielen der Kohäsionspolitik gerecht werden.

FRANKREICH

Die regionale Entwicklungspolitik in Frankreich wird traditionell auf der zentralstaatlichen Ebene verwaltet. In den vergangenen 20 Jahren hat jedoch eine Verlagerung der staatlichen Planungspolitik stattgefunden, die eine stärkere Dezentralisierung vorsieht und die lokalen Behörden mit umfangreicheren Kompetenzen ausgestattet hat. Zudem gab es seit dem Jahr 2000 kontinuierliche Bemühungen um eine engere Koordinierung zwischen den EFRE-Programmen und den *Contrats de plan Etat-Région* (CPER), Programmen zwischen dem Zentralstaat und einzelnen Regionen, die in den 1980er Jahren im Zuge der Dezentralisierungspolitik in Frankreich eingeführt wurden.

Zur leichteren Umsetzung dieses Ziels wurden die CPER an den siebenjährigen Programmplanungszeitraum der EFRE-Programme (2000-2006) angepasst. Dies sollte zu kohärenteren Maßnahmen beitragen und die Hebelwirkung inländischer und europäischer Fördermittel steigern. Darüber hinaus kommen den CPER die Umsetzung neuer Verfahrensweisen wie die Halbzeitbewertung und die Entstehung einer Bewertungskultur sowohl in der staatlichen als auch in der regionalen Verwaltung zugute. Diese

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

Frankreich – <http://www.datar.gouv.fr/>

DATAR ist die staatliche Behörde für Raumplanungs- und regionale Entwicklungspolitik in Frankreich. Sie entwickelt Leitlinien für die nationale Strategie. Ihr Aufgabengebiet umfasst die Bearbeitung und Koordinierung der Bewertung von EFRE-Programmen und der CPER, die Empfehlung von Methoden und die Durchführung von nationalen thematischen Bewertungen. Auf regionaler Ebene sind die Präfekturen in Zusammenarbeit mit regionalen Selbstverwaltungen (mit Ausnahme der Regionalbehörde von Elsass, der dieser Zuständigkeitsbereich übertragen wurde) für die Überwachung und Bewertung verantwortlich.

Kohärenz mit dem EFRE-Programm wurde im laufenden Zeitraum durch die Einführung von Ex-ante-Bewertungen für die CPER, die Einrichtung von gemeinsamen regionalen Bewertungsausschüssen sowie die Durchführung gemeinsamer Bewertungen für EFRE-Programme und CPER erhöht.

Aufgrund der komplizierten institutionellen Aufgabenverteilung zwischen den Regionen und der zentralstaatlichen Ebene stellt die Überwachung der nationalen und regionalen Programme eine echte Herausforderung dar. Bis zum Jahr 2000 verfügten die Regionen über ihr eigenes Überwachungssystem, das nicht immer mit dem der zentralstaatlichen Ebene vereinbar war und die Konsolidierung der von den Regionen erhobenen Daten unmöglich machte. Der Zeitraum 2000-2006 war durch die Einführung von PRESAGE, einem System für die finanzielle Überwachung der durch den EFRE kofinanzierten Programme, geprägt. Wie bei den Bewertungsmaßnahmen wurde dieses System erweitert, um die Überwachungsaktivitäten der CPER im laufenden Programmplanungszeitraum abzudecken. Obwohl die Überwachung oft als Verwaltungslast angesehen wird, liefert sie sowohl den Projektpartnern als auch den Regionalbehörden nützliche Erkenntnisse.

POLEN

Vor seinem EU-Beitritt im Jahr 2004 sah sich Polen vor die enorme Aufgabe gestellt, Systeme von Grund auf neu zu entwickeln, um die Auswirkungen von Investitionsprogrammen bewerten zu können. Wie auch in anderen neuen Mitgliedstaaten mussten institutionelle Strukturen und Verwaltungskapazitäten aufgebaut werden, bevor Bewertungen vorgenommen werden konnten. Diese Herausforderung schien gewaltig zu sein. Inzwischen ist die Nationale Bewertungsstelle jedoch eine gewachsene Organisation, die sich ständig weiterentwickelt, und was ursprünglich als Pflichtaufgabe zur Erfüllung



der Programmkontrolle konzipiert wurde, erweist sich jetzt als Beispiel für modernes Management in der öffentlichen Verwaltung.

Die ersten Schritte dieser Reise wurden 2004 mit den intensiven Bemühungen zur Schaffung solider Institutionen und der Ausbildung von Beamten in Bewertungstechniken zurückgelegt. Bis 2006 wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die Ex-ante-Bewertungen der Programme im Zeitraum 2007-2013 durchzuführen und konnten generellere Fragen gestellt werden, etwa wie die Wirksamkeit zu bewerten wäre und wer dafür zuständig sein soll, oder wie Bewertungsergebnisse am besten verbreitet werden können. Beim derzeitigen Stand der Bewertungsarbeit werden laufende, integrierte Studien und Datenerhebungen durchgeführt, mit denen die tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen einzelner Projekte sowie die

breiteren, horizontalen Ziele regionaler Entwicklungsprogramme erfasst werden sollen.

Die polnischen Evaluierer haben innerhalb kurzer Zeit viel erreicht, teilen ihre Erkenntnisse gern mit und halten die Fortschrittsdynamik aufrecht. Alle Beteiligten engagieren sich für die Weitergabe der Ergebnisse ihrer Arbeit und ihre Verbreitung durch Konferenzen, per Internet sowie in Berichten und Datenbanken, die öffentlich zugänglich sind.

Die Schulung in Bewertungsverfahren und die Verbesserung der Bewertungstechniken bilden nach wie vor den Schwerpunkt ihrer Arbeit. Die EU-Finanzierung trug dazu bei, dass sich das Bewertungsverfahren durch neue Ausbildungsmöglichkeiten und durch die Bindung von Mitteln zu Forschungszwecken in diesem Gebiet kontinuierlich weiterentwickelte. Ergänzt wird dies durch die Beauftragung externer Experten und die Vorteile der zunehmenden internationalen Zusammenarbeit. Mit dieser starken Kombination von Ressourcen und Ehrgeiz wird die Bewertung in Polen schnell einen beneidenswerten Ruf erlangen.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

Polen – <http://www.mg.gov.pl/English>



Finanzierung erneuerbarer Energiequellen in La Réunion

“ Was ursprünglich als Pflichtaufgabe zur Erfüllung der Programmkontrolle konzipiert wurde, erweist sich jetzt als Beispiel für modernes Management in der öffentlichen Verwaltung. “



NORDRHEIN-WESTFALEN, DEUTSCHLAND

Die langjährige Erfahrung in der Programmüberwachung in Deutschland schafft gute Voraussetzungen dafür, die stetig steigende Zahl der Bewertungskriterien im Blick zu behalten. In Nordrhein-Westfalen erstellen die Programmevaluierer ein Gesamtbild über die Auswirkungen der Regionalentwicklung, indem sie Finanz- und Beschäftigungsdaten erheben und verarbeiten. Dadurch gewinnen sie genauere Erkenntnisse über den Beitrag des gesamten Projektspektrums zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Innovation, Unternehmensneugründungen und Berufsbildungsmöglichkeiten.

Betrachtet man auch die horizontalen Ziele, so erfasst der Bewertungsprozess auch ökologische Vorteile und Chancengleichheit. Martin Hennicke, Leiter der Verwaltungsbehörde im Wirtschafts- und Energieministerium von Nordrhein-Westfalen, ist überzeugt, dass „kontinuierliche Überwachung und Bewertung die Basis für Transparenz, Effektivität und Effizienz“ sind.

Jeder Projektvorschlag muss eine detaillierte Begründung für die Finanzierung in Bezug auf die erwarteten wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Vorteile umfassen. Diese Fülle von Informationen trägt im Laufe der Zeit ihre Früchte, und je detaillierter die erwarteten Vorteile sind, desto größer ist ihr Nutzen im laufenden Bewertungsprozess und bei der Festlegung bestimmter Meilensteine.

Für einige komplexe Programme, insbesondere solche, die neue Finanzierungsinstrumente einbeziehen, wird nach dem Projektende eine gründliche Bewertung durchgeführt. In diesen Fällen prüfen die Evaluierer die quantitativen Daten der Projektergebnisse sowie die eher qualitativen Bewertungen des Innovationsniveaus und der sozialen Verbesserungen. Manchmal werden auch externe Teams herangezogen, wenn Expertenwissen in bestimmten Bereichen gefragt ist, wodurch zusätzliche Fortschritte bei breiteren Themenvorgaben wie die Klimaschutzstrategie aufgezeichnet werden können.

Alle diese Teilbereiche fließen in einen zuverlässigen und aussagefähigen Bewertungsprozess ein, der den Kosten-Nutzen-Effekt einer ganzen Reihe von Maßnahmen aufzeigt und die Voraussetzungen für die Feinabstimmung bei der Verwaltung künftiger Projekte schafft.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

Nordrhein-Westfalen

<http://www.economy.nrw.de/grundsatz/nrwineu/index.php>

„Die langjährige Erfahrung in der Programmüberwachung in Deutschland schafft gute Voraussetzungen dafür, die stetig steigende Zahl der Bewertungskriterien im Blick zu behalten.“

ÖSTERREICH

Die treibende Kraft hinter der Bewertung in Österreich war die neue EU-Strukturfondsverordnung, die einen offeneren, logischeren Ansatz förderte.

Die systematische Bewertung, Voraussetzung für verfahrensorientierte Bewertungssysteme, erfordert den Austausch von Wissen und die Vernetzung, die gewährleisten, dass die Erkenntnisse gemeinsam genutzt werden.

Im Programmplanungszeitraum 2000-2006 wurde ein neues Instrument für die Verbesserung der Kommunikation und Koordinierung des Bewertungsprozesses entwickelt.

Dabei handelte es sich um die Koordinierungs- und Arbeitsplattform Evaluierung (KAP-EVA), die rechtzeitig für die jeweils vorgeschriebenen Halbzeitbewertungen eingerichtet wurde.

Im Rahmen der Halbzeitbewertung 2003 wurde die oberösterreichische Forschungsfirma Profactor im Hinblick auf die regionalen Auswirkungen ihrer aus EU-Mitteln kofinanzierten Forschungsprojekte bewertet. Bei dieser Bewertung wurden insbesondere die Projektauswirkungen in Bezug auf das Innovationspotenzial lokaler und regionaler KMU, die Entwicklung einer innovationsorientierten Infrastruktur und die Verbesserung des

Technologietransfers genauer untersucht. Obwohl noch etwas Spielraum für Verbesserungen ermittelt wurde, wie bei der Erleichterung des Zugangs weniger innovativer Unternehmen zu FuE-Know-how, bestätigten die Ergebnisse der Bewertung von Profactor die positiven Auswirkungen EU-finanzierter Projekte.

Das Bewertungskonzept wurde für den Programmplanungszeitraum 2007-2013 durch die Einführung eines integrierten strategischen Überwachungsprozesses („STRAT.ATplus“) weiterentwickelt. Als Ergebnis einer quantitativen Pilotstudie (Beobachtungszeitraum 1995-2007) lässt sich folgende Feststellung treffen: Unterstützte Regionen (im Zeitraum 1995-2007) schneiden bei der Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitsmarkt besser ab und erzielen größere Fortschritte als nicht unterstützte Regionen. Durch zahlreiche dezentrale Aktivierungsstrukturen und die Einrichtung regionaler Vermittlungseinrichtungen verbesserten sich die Voraussetzungen für die Entwicklung in den Regionen.

Der strategische Überwachungsprozess unterstützt umfassend das Partnerschaftsprinzip und unterstreicht die regionalen strategischen Entwicklungen unter dem Gesichtspunkt der Querfinanzierung.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

Österreich – www.oerok.gv.at



Das Profactor-Projekt belegte den Nutzen der EU-Finanzierung

DER NEUE EU-KOMMISSAR FÜR REGIONALPOLITIK, JOHANNES HAHN, STELLT SICH VOR

Vor welche wichtigen Herausforderungen sehen Sie sich in Ihrer neuen Funktion als EU-Kommissar für Regionalpolitik gestellt?

Lassen Sie mich erst einmal sagen, dass es für mich ein Privileg ist, für dieses Amt ernannt worden zu sein. Die Steuerung der EU-Regionalpolitik – eine der großen Erfolgsgeschichten der Europäischen Integration – ist eine enorme Herausforderung an sich, und ich freue mich darauf, die gute Arbeit meiner Vorgänger fortzusetzen.

Meiner Ansicht nach müssen wir regionale Wirtschaften entwickeln, die wissensbasierter, innovativer und nachhaltiger sind. Die Finanzkrise und der nachfolgende Konjunkturabschwung haben alle Regionen der Union erfasst. Sie wirken sich weiterhin auf die wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung aus. Durch noch mehr regionale Investitionen in Forschung, Innovation und Bildung können wir die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in unseren Regionen unterstützen, wodurch wir gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgehen können.

Wir müssen zudem dafür sorgen, dass sich unsere Politik stärker denn je auf greifbare Ergebnisse und die Schaffung von Arbeitsplätzen konzentriert. In unserer eng vernetzten Welt wird das in einer Region erzielte Wachstum auch in anderen Regionen Arbeitsplätze schaffen. Letztendlich sind regionale Investitionen mit europäischem Fortschritt gleichzusetzen.

Sie haben versprochen, die regionalpolitischen Ziele zu einem zentralen Aspekt der EU 2020-Strategie zu machen – Wie realistisch ist dieses Ziel?

Eines meiner Hauptanliegen ist es, dafür zu sorgen, dass die EU-Kohäsionspolitik eng mit der Strategie „Europa 2020“ abgestimmt wird. Das ist eine absolute Priorität. Diese Strategie wird den Rahmen für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung der EU für das kommende Jahrzehnt abstecken. Angesichts des derzeitigen Wirtschaftsklimas wird die Erfüllung der Ziele der Strategie nicht einfach sein. Mit ihrem integrierten Rahmen für Investition, ihrem bewährten Umsetzungssystem und Eigenverantwortung an der Basis, kann und wird die Kohäsionspolitik aber eines der wichtigsten Umsetzungsinstrumente für „Europa 2020“ sein.

Sie sind jetzt für einen der größten Haushalte in der Europäischen Union verantwortlich – Wie wollen Sie erreichen, dass die Auswirkungen der Politik konsequent bewertet werden?

Bei einem Politikbereich mit einem Haushalt von 50 Milliarden € pro Jahr steht in der Tat viel Geld auf dem Spiel! Die Bewertung der Auswirkungen dieser Investition, zu erfahren, was funktioniert

und warum es funktioniert, ist natürlich entscheidend für den Erfolg dieser Politik. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich die Kohäsionspolitik verstärkt auf Ergebnisse konzentrieren muss, denn die Umsetzungskriterien spiegeln die Natur der Interventionen und politischen Ziele wider.

Millionen von Projekten wurden durch die Politik unterstützt. Diese Projekte erzählen, wie die nicht nachlassenden Investitionen der Kohäsionspolitik in Infrastrukturen, Umweltverbesserungen, Innovation und Geschäftsentwicklung sowie die Fähigkeiten der Menschen den Bürgern in der gesamten EU konkret genutzt haben. Die Bürger darüber zu informieren, wie das Geld der Steuerzahler tatsächlich verwendet wurde, ist nicht nur äußerst wichtig, sondern auch ein Grundpfeiler der demokratischen Kontrolle. Deshalb müssen wir unbedingt sicherstellen, dass wir über die besten Kontrollsysteme verfügen, so dass der Steuerzahler weiß, was mit seinem Geld geschieht.

Dazu wird eine noch strengere Überwachungs- und Bewertungskultur und ein Engagement zum Lernen innerhalb von Partnerschaften notwendig sein. Eine stärkere Konzentration auf Umsetzung, Ziele und Ergebnisse sind gegebenenfalls auch mit Anreizen und Bedingungen zu verknüpfen, um Qualität zu fördern.

Über die zukünftige Kohäsionspolitik wurde viel diskutiert – Wie sehen Sie einige der anstehenden zentralen Aufgaben?

Im Zusammenhang mit der EU 2020-Strategie und der Haushaltsüberprüfung ist das Jahr 2010 in mehrfacher Hinsicht entscheidend, um die Grundlagen für die künftige Kohäsionspolitik zu schaffen. Diese Politik für den Zeitraum nach 2013 so zu gestalten, dass sie die Regionen Europas bei der Bewältigung neuer Herausforderungen und beim Übergang in die Wirtschaft von morgen unterstützen kann, wird zu meinen wichtigsten Aufgaben gehören.

Das europäische Projekt der wirtschaftlichen Integration ist für alle da – daher sollte die Kohäsionspolitik eine Politik für alle Regionen sein. Um jedoch die politische Wirksamkeit zu erhöhen, müssen wir die künftige Unterstützung auf eine begrenzte Zahl von Prioritäten konzentrieren, die mit der „Europa 2020“-Strategie im Einklang stehen, und eine weitere Zunahme und Fragmentierung von EU-Finanzierungen vermeiden. Dies können wir erreichen, indem wir das Regelwerk der Politik vereinfachen und uns verstärkt auf Ergebnisse konzentrieren, auf allen Ebenen zusammenarbeiten, um die europäische Finanzierung mit lokalen, nationalen oder privaten Budgets zu kombinieren und dadurch die größtmögliche Hebelwirkung der Investitionen zu gewährleisten.





Die Generaldirektion Regionalpolitik unterstützt den Ausbau der Bewertungsfähigkeit in den Mitgliedstaaten und Regionen, indem sie Beratung und Orientierung zu Bewertungsmethoden und guten Beispielen anbietet. Ziel ist es, die nationalen und regionalen Verwaltungen bei der Durchsetzung strengerer Bewertungen und ihrer qualitativen Verbesserung zu begleiten. Von unserer Seite geschieht dies in Form von verschiedenen Arbeitsdokumenten und Leitlinien, Veranstaltungen und zwei Netzwerken zum Thema Bewertungen.

Das Bewertungsnetzwerk der Mitgliedstaaten

Das Bewertungsnetzwerk der Mitgliedstaaten ist ein Forum, in dem Vertreter der Europäischen Kommission (Generaldirektion Regionalpolitik) und der Mitgliedstaaten Themen diskutieren, die sich auf die Bewertung der Kohäsionspolitik beziehen. Dieses Netzwerk, das vom Referat Bewertung der GD Regionalpolitik geleitet wird, trifft sich zwei bis drei Mal pro Jahr, um sich über Bewertungsmethoden, bewährte Praxis, Ergebnisse von Bewertungen und ihre Verwendung auszutauschen.

Das Bewertungsnetzwerk hat zum Ziel, den Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten

Auf der Tagesordnung des Treffens vom 25.-26. Februar 2010 stehen unter anderem:

- Nationale Strategieberichte: Überblick über die Basisindikatoren und Bewertungsergebnisse
- Kernindikatoren: Organisation des Pilotprojekts und Information über die Jahresberichte 2010
- Aktualisierung und Darstellung der endgültigen Ergebnisse der Ex-post-Bewertungen von Ziel 1 und 2 für 2000-2006 durch die GD REGIO
 - Strukturwandel und Globalisierung
 - Verkehr
 - Umwelt und Klimawandel
- Aktualisierung zur Ex-post-Bewertung des Kohäsionsfonds und ISPA
- Darstellung der Bewertungsergebnisse aus Polen (Unterstützung für Unternehmen und Kontrollgruppen)
- Darstellung von Bewertungsergebnissen aus Schweden und eine kürzlich erschienene Veröffentlichung über fortlaufende Bewertungen

zu fördern, um die Bewertungsfähigkeit in der gesamten Europäischen Union zu vergrößern. Das Bewertungsnetzwerk umfasst die Vertreter der Mitgliedstaaten, die für die Bewertung der Kohäsionspolitik verantwortlich sind. Dies betrifft insbesondere den Europäischen Fonds für Regionalpolitik und den Kohäsionsfonds.

Expertenbewertungsnetzwerk

Das Ziel dieser neuen Initiative liegt darin, jedes Jahr alle verfügbaren Nachweise über die Umsetzung der Kohäsionspolitik zu erfassen und einen Jahresbericht für jeden Mitgliedstaat zu erstellen. Die ersten Berichte werden Ende 2010 veröffentlicht.

Anfang 2010 wird dieses Expertennetzwerk die Nachweise über die Leistungen der Politik im Programmplanungszeitraum 2007-2013 zusammenfassen, indem sie die materielle und finanzielle Leistung der operationellen Programme untersucht. Sie wird diese Nachweise anhand der in den Mitgliedstaaten unternommenen Bewertungen analysieren.

Gemäß den geltenden Verordnungen sind die Mitgliedstaaten für Bewertungen während des Programmplanungszeitraums gemäß ihren Bedürfnissen und Prioritäten zuständig. In den vergangenen Jahren entwickelten die Mitgliedstaaten Bewertungspläne, und viele von ihnen leiteten Bewertungen ein, die neue Erkenntnisse über die Umsetzung der Programme ergaben. Das Expertenbewertungsnetzwerk wird die Ergebnisse dieser Studien in jedem Mitgliedstaat analysieren.

Ein weiteres Ziel dieses Netzwerks liegt darin, Beispiele für bewährte Bewertungspraxis zu ermitteln (interessante Methoden, zuverlässige Daten usw.). Die Studien, die für andere Mitgliedstaaten sehr nützlich und interessant sein können, werden in der Online-Bibliothek der Inforegio-Website verfügbar sein, deren Benutzer Bewertungsstudien nach unterschiedlichen Kriterien abrufen werden können.

Schwerpunkt auf Innovation im Jahr 2010

Im Einklang mit der erneuerten Lissabon-Strategie legt die Kohäsionspolitik den Schwerpunkt auf die Notwendigkeit von Investitionen in Innovation, um Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung in Europa zu fördern. Ein Viertel des EFRE 2007-2013, das sind 85 Milliarden €, konzentriert sich auf Maßnahmen zur Stärkung der Innovation. Die Arbeit dieses Expertennetzwerks wird darüber Aufschluss geben, welche Art von Maßnahmen durch den EFRE unterstützt werden und welche relativen Schwerpunkte die Innovationsdimensionen in jedem Mitgliedsaat setzen.

Gibt es eine regionale Dimension für nationale Innovationsmaßnahmen und wie tragen die EFRE-Programme zu regionalen und





nationalen Innovationsmaßnahmen bei? Das sind einige der Schlüsselthemen, mit denen sich Experten in jedem Mitgliedstaat befassen werden. Dadurch sollen Erkenntnisse über den möglichen Beitrag der kohäsionspolitischen Programme zur Steigerung des Innovationspotenzials der EU gewonnen werden.

EVALSED

EVALSED ist eine neue Online-Quelle, die Empfehlungen und Anleitung für die Gestaltung und Durchführung von Bewertungen und die Gewährleistung ihrer Qualität gibt. Sie wurde in erster Linie für Entscheidungsträger entwickelt, insbesondere solche, die Bewertungen entwerfen und verwalten, und ist ein praktisches Instrument bei der Unterstützung der Entscheidungsfindung für sozioökonomische Entwicklungsmaßnahmen.

EVALSED definiert die Rolle der Bewertung der sozioökonomischen Entwicklung, diskutiert verschiedene Möglichkeiten zur Steigerung der Bewertungsfähigkeit und erarbeitet Bewertungsmethoden. Traditionell konzentrierte sich EVASED auf Programmbewertungen. Die Erfahrung mit der fortlaufenden Bewertung für 2007-2013 und der thematischen Ex-post-Bewertung für 2000-2006 zeigt auch das größere Potenzial für Bewertungen von Themen oder Interventionen, um zuverlässige Ergebnisse hervorzubringen. Nach diesen jüngsten Bewertungserfahrungen wurde der das Handbuch betreffende Teil von EVALSED aktualisiert und in Druckform herausgebracht, um die Bewertungspraxis in der EU zu fördern und zu verbessern.

EVALSED BESTEHT AUS ZWEI TEILEN:

- Handbuch:** für allgemeine Benutzer und Leser
- 2 Quellensammlungen:** besonders interessant für Praktiker und alle, die Bewertungskennnisse vermitteln oder erwerben möchten
 - Methoden und Techniken
 - Ausbau der Bewertungsfähigkeiten

Die Gesamtstruktur der Quellensammlung zur Bewertungsmethoden und -techniken wurde vor kurzem aktualisiert und es wurden neue Abschnitte über makroökonomische Modelle und die kontrafaktische Bewertung der Auswirkungen veröffentlicht. Für das Jahr 2010 ist eine eingehende Untersuchung des Handbuchs und der Quellensammlungen geplant, um den Inhalt weiterzuentwickeln und zu aktualisieren.



Konferenz zur Bewertung

Im November 2009 fand in Warschau, Polen, eine bedeutende internationale Konferenz über „Neue Methoden zur Bewertung der Kohäsionspolitik: Schwerpunkt auf Kontrolle und Lernen“ statt. Das Thema der Konferenz war die Nutzung der Bewertungsmethoden, die glaubwürdige Nachweise über die Umsetzung der Kohäsionspolitik erbringen werden. Zu der Veranstaltung kamen 500 Teilnehmer aus der ganzen EU und dem Ausland, unter anderem politische Entscheidungsträger, Verantwortliche für die Bewertung der kohäsionspolitischen Programme auf nationaler und regionaler Ebene, Evaluierer sowie Wissenschaftler.

Eine der Schlüsselbotschaften liegt darin, dass die Bewertung die Auswirkungen der Kohäsionspolitik erfassen muss und es sich daher um einen wechselseitigen Prozess handelt: Die Kommission kann den Nachweis über die Umsetzung der Politik nicht allein erbringen – die Mitgliedstaaten und Regionen müssen ebenfalls Nachweise für die Bewertung liefern. Solide Bewertungsmethoden sollten in verschiedenen Interventionsbereichen eingesetzt werden.

Die Notwendigkeit einer politischen Debatte über die Ausführung war eine wiederholte Feststellung während dieser zweitägigen Vorträge, Diskussionen und Workshops über bestimmte Bewertungsmethoden. Die Konferenz war für einige europäische Spitzenpolitiker und Evaluierer ein zeitlich willkommener Anlass, um darüber nachzudenken, was die Kommission, die Mitgliedstaaten und die Evaluierer unternehmen müssen, um zu gewährleisten, dass die Bewertungen zum Ziel führen und zur politischen Debatte beitragen. Um eine erfolgreiche Politik zu entwickeln und dies anhand der Bewertung beweisen zu können, müssen wir uns auch über die Ziele der Politik Klarheit verschaffen und dürfen nicht die Politik mit einer Vielzahl von Zielen überfordern.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/evalsed/index_en.htm

In jeder Ausgabe skizziert Panorama die Entwicklung von zwei Projekten aus der Sicht der Projektverwalter. Wir befassen uns mit den Höhen und Tiefen von EFRE-geförderten Projekten nach dem Motto: die Probleme erkennen und Lösungen gemeinsam nutzen.

PROJEKT 1

IM PROJEKT „LONGLIFE“

Fakten und Zahlen

Zwischen Januar 2009 und Januar 2012 werden rund 2,3 Millionen € in das Longlife-Projekt investiert.

Bauen für das Leben

Umwelterwägungen werden zu einem der wichtigsten Designmerkmale moderner Wohnungsneubauten im Ostseeraum, was zum Teil dem Longlife-Projekt zu verdanken ist. Praktiken, innovative Technologien, einheitliche Methoden und Richtlinien werden durch das Projekt entwickelt, das darauf abzielt, einen Prototypen für ein nachhaltiges, energieeffizientes und ressourcenschonendes Wohngebäude zu planen und zu bauen.

Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden auf Dänemark, Deutschland, Litauen, Polen und Russland übertragen. Es wird erwartet, dass dieser Wissensaustausch Unterschiede bei Praktiken, Technologien, Verfahren und Vorschriften zu Tage bringt und dies den Bau umweltschonender Wohngebäude fördert.

Hinter den Kulissen: Verwaltung des EFRE-Projekts

Eine Begegnung mit dem Projektleiter Klaus Rückert

Univ. Prof. Dr.-Ing. Klaus Rückert ist Leadpartner des Projekts. Der Professor für Tragwerksentwurf und -konstruktion am Institut für Architektur der Technischen Universität Berlin fand es „nahe liegend“, sein Forschungsgebiet in Ländern wie Mexiko, China, Afghanistan und dem Iran auf den europäischen Ostseeraum zu erweitern. Er übernahm die bedeutende Aufgabe der Suche nach Partnern und erstellte einen erfolgreichen Projektantrag für das Programm INTERREG IV B.



Ein Nationalfeiertag in Litauen war für Projektkoordinatorin Maria Kiefel vor kurzem Anlass, den dort ansässigen Projektpartnern und Vereinigungen Glückwünsche zu übermitteln. „Es ist wirklich wichtig für das Projekt, dass die Teilnehmer geschätzt und informiert werden“, erklärt sie. Mit Partnern in verschiedenen Ländern, Kompetenzteams für verschiedene Fachgebiete und der nunmehr vierten Auflage der EU-Richtlinien über die Tätigkeit im Ostseeraum ist die ständige Information aller eine dringende Notwendigkeit.



Als sie daher beim letzten Workshop des Projekts dem Lenkungsausschuss einen Sachstandsbericht vorlegte, der auch die Hauptaufgaben für den nächsten Berichterstattungszeitraum definierte, stellte sie mit Genugtuung fest, dass alle Empfehlungen akzeptiert wurden. Der Bericht an sich und die unterstützenden Darstellungen wurden allen Projektpartnern übermittelt. „Wir wollen nicht, dass sich jemand übergangen fühlt“, sagt Kiefel.

Falls die Verwaltung eines durch den EFRE unterstützten Projekts im Ostseeraum einmal zu komplex werden sollte, hat Maria Kiefel eine wertvolle Ressource parat: das Gemeinsame Technische Sekretariat der EU in Rostock. „Die können mir alle erdenklichen Fragen beantworten. Der Service ist von unschätzbarem Wert“, fügt sie hinzu.

Als das erste Projekt, das eine EFRE-Finanzierung im ersten Aufruf des letzten Programms erhält, haben die Projektmanager allen Grund, auf das Erreichte stolz zu sein. Was ist nach Ansicht von Kiefel das Erfolgsrezept für das Projekt im Ostseeraum? „Es muss Vertrauen geben zwischen dem Leadpartner und dem Gemeinsamen Technischen Sekretariat“, sagt sie.

Erfolgreiche Ergebnisse

Da das Projekt reibungslos abläuft, richtet sich die Aufmerksamkeit auf die erwarteten Ergebnisse. Das Hauptziel ist die Entwicklung eines neuen Gebäudes, das von Grund auf neu geplant und dessen Nachhaltigkeit bescheinigt wird, zur Nutzung durch regionale, nationale und EU-Gremien, Planer, Wohnungsverbände, Entwickler, Gesellschaften und Kleinbetriebe. Wenn erst einmal ein Prototyp dieses Hauses fertig ist, besteht die Hoffnung, dass weitere gebaut werden.

Auf die Frage nach größeren Hindernissen bei der Umsetzung sagt Rückert: „Natürlich bedarf es einiger Anstrengungen, um 14 Partner aus 5 Ländern bei einem so komplizierten Thema zu koordinieren!“ Er fügt jedoch rasch hinzu, dass das hohe Engagement all seiner Projektpartner zum reibungslosen Ablauf beigetragen hat.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

www.longlife-world.eu

Bevor wir uns in unserer nächsten Ausgabe anschauen, wie es mit dem Musikpark und dem Zentrum für Nanogesundheit weiterging, erfahren wir in dieser Ausgabe, wie es zwei neuen Projekten – „Wettbewerbsfähige Gesundheitsdienste“ und „Longlife“ – ergeht. Beide Projekte umfassen Partnerschaften zwischen mehreren Mitgliedstaaten.

PROJEKT 2

„WETTBEWERBSFÄHIGE GESUNDHEITSDIENSTE“ VON INNEN GESEHEN

Fakten und Zahlen

Knapp unter 1 Million € flossen in das Projekt „Wettbewerbsfähige Gesundheitsdienste“, das im Januar 2008 anließ und bis Ende 2010 dauert.

Ein moderner Ansatz in der Gesundheitspflege

In Finnland, Irland, Norwegen, Schweden und Schottland gibt es einige der dünnbesiedeltsten Regionen Europas, mit einer durchschnittlichen Bevölkerungsdichte von ungefähr 3,5 Einwohnern pro km². Die Gesundheitsversorgung in diesen Regionen ist angesichts der alternden Bevölkerung und des kalten Klimas bereits seit langem eine Herausforderung. Lösungen wurden jedoch erst vor kurzem gefunden.

In seinem Brüsseler Büro entwickelte Seppo Heikkilä, damals Direktor des Nordfinland-EU-Büros, zusammen mit Pasi Parkkila vom Bezirkskrankenhaus Österbotten die Idee, Telemedizin und elektronische Gesundheitsdienste in Randregionen anzubieten. Durch seine Verbindungen und fundierten Kenntnisse wurde das Projekt „Wettbewerbsfähige Gesundheitsdienste“ ins Leben gerufen.



Im Gespräch mit Minna Mäkineniemi – Projektkoordinatorin

Mäkineniemi wurde kontaktiert, um ihr Fachwissen als Projektkoordinatorin ganz konkret anzuwenden. Mit ihrem wissenschaftlichen Hintergrund – sie erforschte zunächst die DNA-Replikation und -Reparatur an der Universität Oulu und modellierte später die Krebsgenese im Vereinigten Königreich – sowie ihren Kenntnissen in der Informationsverarbeitung und öffentlichen Verwaltung brachte sie die idealen Voraussetzungen für die Leitung dieses anspruchsvollen transnationalen Projekts mit. Nach zwei Jahren Projektarbeit beschreibt sie ihre Tätigkeit trotz aller einzuhal tenden Fristen als „hochinteressant und anspruchsvoll“.

Welchen Rat würde Mäkineniemi anderen Bewerbern um eine Unterstützung aus dem EFRE geben? „Die Verwaltung eines EU-Projekts ist sehr zeitaufwendig; man muss Arbeitszeittabellen ausfüllen und alles bis ins Detail dokumentieren. Diese Detailarbeit lohnt sich aber, da das Abfassen der Berichte und die Vorbereitung der finanziellen Prüfungen dann einfacher sind.“

Welchen Aufwand bringt die Projektdurchführung mit sich?

Der konjunkturelle Abschwung verursachte Finanzierungsprobleme im Gesundheitssektor und erforderte Ausgabenkürzungen in diesem Bereich. Als dazu noch vor kurzem die Schweinegrippe-Epidemie

zum Ausbruch kam, wurde klar, dass aufgrund dieser unvorhersehbaren Verhältnisse weniger Zeit und Geld für die Entwicklung neuer Gesundheitsdienstleistungen übrig bleiben würde. Zur Bewältigung dieser Situation bemühte sich das Projektkonsortium darum, dass alle beteiligten Personen für ihren Zeitaufwand entschädigt wurden – diese Maßnahme scheint sich zu lohnen.

Für Mäkineniemi kommt es bei der Überwindung auftretender Hindernisse vor allem auf die Kommunikation an: „Die Kommunikation per E-Mail ist praktisch. Sie ist aber nicht das beste Managementinstrument. Wir trafen uns zusätzlich in Telefon- und Videokonferenzen, um unsere halbjährlich stattfindenden Versammlungen zu ergänzen.“ Die Einbeziehung der Führungsspitzen sowie deren Engagement waren für das Vorankommen des Projekts äußerst wichtig.

Kein Weg ist zu weit

Nach vielen Diskussions- und Vorbereitungssitzungen wurde eine Auswahl der aussichtsreichsten Dienste in Finnland, Norwegen, Schweden und Schottland getroffen. Daraufhin wurden „Kontakttreffen“ im schottischen Inverness organisiert, zu denen sich Anbieter von Dienstleistungen und Vertreter von Pilotstandorten einfanden.

In Finnland

Eine schwedische Innovation bei der Fernüberwachung physiologischer Daten wurde erprobt. Die unter der Bezeichnung „Remote Check-up Bag“ bekannte Erfindung ermöglicht Patienten die gleichzeitige Messung von Blutdruck, Blutzucker, Gewicht und Körperfettanteil. Die Vorrichtung kann auch für EKG-Messungen bei Herzpatienten eingesetzt werden. Die Daten sind vollständig per Webbrowser abrufbar.

In Norwegen

Kleine Gemeinden auf der Insel Senja hatten große Mühe, offene Stellen für Allgemeinärzte zu besetzen. Dank der Remote Check-up Bag können die Ärzte die Bewohner der Senja-Inseln jetzt von einem einzigen Zentrum aus versorgen.

In Schweden

Ein mobiles Screeninggerät versorgt Patienten mit Diabetes und Glaukom zu Hause. Das Gerät ist in einem Anhänger untergebracht und daher leicht zu transportieren.

In Schottland

Teledialysis (ein norwegisches Modell) baut Videoverbindungen zwischen Dialyseeinheiten und dem Zentralkrankenhaus in Inverness und einem ländlichen Krankenhaus in Wick auf. Dem ambulanten Pflegepersonal bietet dies zusätzliche Unterstützung und ermöglicht Fernsprechstunden zwischen Dialysepatienten, Nephrologen und anderen Spezialisten, deren primärer Einsatzort das Zentralkrankenhaus ist.

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER:

www.ehealthservices.eu

TERMINE 2010	VERANSTALTUNG	ORT
19. April	Kohäsionspolitik 2000-2006: Was wurde erreicht?	Brüssel (BE)
19.-21. April	Konferenz in Wien und Bratislava zur EU-Strategie für die Donauregion	Wien (AT) und Bratislava (SK)
10.-11. Mai	Konferenz in Ruse zur EU-Strategie für die Donauregion	Ruse (BG)
20.-21. Mai	Konferenz „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ und Verleihung der RegioStars Awards 2010 http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/sustainable-growth/home_en.cfm?nmenu=1	Brüssel (BE)
24.-26. Mai	Konferenz zum Thema „Regionale Antworten auf globale Veränderungen: Akteure, Institutionen und Organisationen“ http://www.regional-studies-assoc.ac.uk/	Pecs (HU)
27.-28. Mai	Forum zu den Regionen in äußerster Randlage	Brüssel (BE)
10.-11. Juni	Konferenz in Constanta zur EU-Strategie für die Donauregion	Constanta (RO)
21.-22. Juni	Informelles Ministertreffen zur Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung http://www.eu2010.es/	Toledo (ES)
4.-7. Oktober	Open Days – 8. Europäische Woche für Regionen und Städte – „Ziel 2020: Wettbewerbsfähigkeit, Zusammenarbeit und Kohäsion für alle Regionen“ http://www.opendays.europa.eu/	Brüssel (BE)

Sonstige Hinweise zu diesen Veranstaltungen enthält auch die Rubrik „Agenda“ auf unserer Inforegio-Website:
http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm

Nachfolgend die nächsten
Panorama-Ausgaben:

Panorama 34 (Sommer 2010) ist dem folgenden Thema gewidmet: „Integrierter Ansatz“.

Panorama 35 (Herbst 2010) „Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen“. Diese Ausgabe wird sich mit dem Europäischen Jahr zu diesem Thema unter dem Gesichtspunkt der Kohäsionspolitik befassen. Untersucht werden die Herausforderungen der sozialen Ausgrenzung, Armut in Städten und der benachteiligten Gemeinschaften (z. B. die Roma).

**Wir freuen uns auf Ihre Kommentare und Ideen.
Senden Sie bitte Ihre Anregungen an folgende
E-Mail-Adresse:**

regio-panorama@ec.europa.eu

ISSN 1608-3881

© Europäischen Union, 2010
Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik
Kommunikation, Information und Beziehungen zu den Drittländern
Raphaël Goulet
Avenue de Tervueren 41, B-1040 Brüssel
E-Mail: regio-info@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm



■ Amt für Veröffentlichungen